

10 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Das war das Ende der Tagesordnung im öffentlichen Teil. Wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen. Zum ersten dringlichen Antrag der ÖVP zur Sicherung von Flächen für Kleingartenanlagen, Antragsteller ist Herr Gemeinderat Piffl-Percevic.

10.1 Sicherung von Flächen für Kleingartenanlagen (GR Dr. Peter Piffl-Percevic, ÖVP)

GR Dr. **Piffl-Percevic**:

Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleg:innen in der Stadtregierung und dem Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir haben heute schon zweimal recht direkt über die Stadtentwicklungen gesprochen im Zusammenhang mit zwei Bebauungsplänen. Die Stadt gilt es planmäßig weiter zu entwickeln, und ich möchte schon festhalten, dass wir seit dem Jahr 2002 um 75.000 Menschen in unserer Stadt mehr haben. Und ich möchte jetzt nicht überheblich werden und Leid und Not in Abrede stellen, aber im Wesentlichen, ohne dass wir sagen müssen, dort ist ein Ghetto, dort wurden die Menschen im Stich gelassen und verlassen. Das ist tatsächlich dem geschuldet, dass sich alle, die mit Menschen unsere Stadt, aber auch die politischen Verantwortungsträger, tauglich bemüht haben, die Bedingungen in unserer Stadt gedeihlich, auch was das Miteinander betrifft, weiterzuentwickeln. Ein wesentlicher Punkt in all diesen Zusammenhängen, auch bei der Lebensqualität, Lebensqualitätsindikatoren, ist der Grünraum. Wir haben heute ganz konkret von Verdichtung gesprochen. Wir müssen alles Mögliche tun, um zusätzlichen Grünraum einzukoppeln, die Qualität des bestehenden Grünraums zu verbessern und zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen. Über die Hälfte unserer Stadt ist unbebaut, von der Grundfläche her. In großen Grünflächenbereichen, im Freiland, dort sind Bauten. Aber dazwischen gibt es gerade in unserer Stadt auch landwirtschaftliche Betriebe und

zusammenhängenden Grünraum. Und es geht darum, für die Bürger, die nicht im Grünen leben, eine Kleingartenanlage zu schaffen. Wir haben hier ein Beispiel, es soll einfach positive Beispiele beflügeln, am Zahläckerweg zuletzt geschafft, in den Stadtplanungsvorbereitungen, in den Ausschussberatungen, in den Zweidrittelbeschlüssen hier im Gemeinderat haben wir zusätzliche Flächen ganz konkret dort für Kleingartenanlagen, insgesamt 28, dort am Zahläckerweg schaffen können. Wir sollten diesen Weg konsequent weiterverfolgen.

Wir haben jetzt schon doch auch durch die letzten Monate, auch durch die Covid-Situation, wir waren viel gefordert, und gerade, wenn nicht diese Situation, wir sind ja leider in der nächsten Krise, die ja gerade bevorsteht, möchte ich mich auch für meine Fraktion bei allen bedanken, die für die jetzige Flüchtlingskrise wichtige Beiträge leisten, nochmals ausdrücklich allen herzlichen Dank, auch den Menschen draußen und auch den Beamten und den politisch Verantwortungsträgern. Aber gerade Covid hat auch gezeigt, welcher Bedarf und welches Bedürfnis nach Kleingartenanlagen besteht, und da komme ich zum Ende meiner einer begleitenden Worte, zum Antrag. Der Antrag lautet: Alle, die Verantwortung tragen in dieser Stadt, in der Raumordnung, in der Stadtplanung, in der Kleingartenkommission, auch in der Wirtschaftsabteilung, die für Landwirtschaftsangelegenheiten zuständig ist, die Köpfe zusammenzuhalten, auch mit unseren Landwirten in Dialog zu treten, damit vielleicht Freiland der Landwirte auch da oder dort in Kleingartenanlagen umgewandelt werden kann und mit eine raumordnungsfähigen Beschlussfassung das auch auf Dauer abgesichert werden kann. In diesem Sinne ersuche ich um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der Erhalt und die Schaffung von Grünraum in unserem gesamten Stadtgebiet und die langfristige Absicherung ist uns allen ein besonderes Anliegen, es ist dies ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität in unserer Stadt.

In Graz verfügen wir derzeit über insgesamt 28 Kleingartenanlagen, die auch gemäß den Bestimmungen des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes im Flächenwidmungsplan als solche ausgewiesen sind.

Zuletzt ist es uns gelungen, am Zahläckerweg im Anschluss an die bestehende Heimgartenanlage seitens der Stadt eine zusätzliche Fläche zur Erweiterung dieser Anlage um 24 Gärten samt einem Vereinshaus käuflich zu erwerben und durch die bezug habende Widmung im 4.0 FLÄWI widmungsmäßig abzusichern.

Nicht nur infolge der COVID-Situation aber sicher dadurch verstärkt gibt es den Wunsch der Bevölkerung auch nach mehr Möglichkeiten zur Grünraumnutzung was sich konkret in je 15 bis 20 Vormerkungen in jedem unserer 28 Heimgärten in unserer Stadt niederschlägt. In St. Peter sind es konkret über 40 Vormerkungen aber großer Bedarf scheint auch im Westen von Graz konkret in Eggenberg, Wetzelsdorf und Straßgang gegeben. Einige Anlagen sehen sich dzt. gar nicht mehr in der Lage zusätzlichen Anmeldungen entgegenzunehmen.

Was die Schaffung von zusätzlichen Heimgärten bzw. Heimgartenanlagen betrifft, so ist auszuführen, dass es vor allem gilt, am Stadtrand, vornehmlich in den bisher und künftig als Grünzonen ausgewiesen Bereichen, die landwirtschaftlich genutzt werden, nach Möglichkeiten zur Abdeckung des Bedarfs nach Heimgärten zu suchen. Hierzu wird es erforderlich sein, mit unseren Landwirten in Kontakt und gegebenenfalls in Verhandlung zu treten.

Auch in der Vergangenheit hat sich diese Vorgangsweise schon immer wieder als sehr erfolgversprechend erwiesen.

Vor allem auch unsere jungen Familien könnten dadurch in besonderer Weise unterstützt werden.

Daher stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, im Sinne dieses Motivenberichts Flächen für eine künftige Ausweisung bzw. Nutzung als Kleingartenanlagen ausfindig zu machen und zu diesem Zweck auch die für Landwirtschaftsangelegenheiten zuständige Wirtschaftsabteilung sowie die städtische Kleingartenkommission einzubinden und dem Gemeinderat bis Juni d.J. einen Zwischenbericht zu erstatten.

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat und noch an die durchhaltenden Zuseher an den Endgeräten. Heimgartenanlagen sind wichtig, sind wertvoll, ich bin mir nur nicht ganz sicher, vielleicht liege ich auch falsch, lieber Herr Piffli-Percevic, nämlich die Heimgartenanlagen, die im Zahläckerweg dort dazugekommen sind, sind ja woanders weggekommen, nämlich in Liebenau, eben wegen dem Mur-Kraftwerk, also damit sind sie nicht zusätzlich dazugekommen, sondern nur umgesiedelt, aber egal.

*Zwischenruf GR Dr. **Piffli-Percevic**: Das habe ich auch nicht behauptet.*

GR Lenartitsch:

Ok, dann habe ich das nur falsch verstanden, Entschuldigung. Ist wahrscheinlich dem geschuldet, dass wir schon so lange ohne gescheiten Sauerstoff hier drinnen sind. Was zu den Heimgartenanlagen zu sagen wäre, ist, wird von uns natürlich unterstützt im vollsten Umfang, weil ich ebenfalls als Kind schon in dem Heimgarten meiner Eltern so quasi alles erleben durfte. Und es gibt nichts Schöneres, als wenn Erwachsene oder die Großeltern vielleicht, wenn sie so eine Heimgartenanlage haben, den Kindern,

Enkelkindern Sachen zeigen können, was sie anbauen können, was man essen kann, was man damit machen kann, man kann nämlich auch damit malen mit den einzelnen Blüten, welche so quasi im Garten vorrätig sind. Und es ist umso wichtiger, dass wir es hier nicht nur halten, sondern wie Sie auch sagen, ausbauen können. Ich selbst habe auch einen Heimgarten gehabt, es ist einfach etwas Schönes, man kommt zur Ruhe und man hat einfach eine Oase in der Stadt, wenn man gerade nicht in der glücklichen Lage ist eines Balkons oder einer Terrasse, dass man einfach ins Freie hinausgehen kann, wo man ein bisschen das Gefühl hat, das gehört mir, das kann ich bewirtschaften, da kann ich etwas machen, das mir gefällt. In diesem Sinne darf ich mich auch gleich im Namen des SPÖ-Gemeinderatsklubs hier anhängen und sagen, wir unterstützen das natürlich sehr gerne. Herzlichen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Stadtregierung, Gemeinderat, Zuseher:innen. Auch wir, die Grünen, werden diesen Antrag unterstützen. Es ist klar, im Zuge massiver Grünflächenvorsorge, die für den Klimaschutzplan erforderlich sind, ist es eigentlich eine logische Folge. Es ist eigentlich bedauerlich, dass in den letzten 10 oder 20 Jahren das absolut nicht betrieben wurde und eigentlich mehr oder weniger hauptsächlich auf Bebauungen Wert gelegt wurde und solche Dinge nicht in der Weise verfolgt worden sind. Ich teile auch nicht ganz Ihre Ansicht, dass nur im Randbereich und auf landwirtschaftlichen Flächen das anzuordnen ist, gerade in sehr konzentrierten Bereichen der Bebauung ist es wichtig, auch privat nutzbare Flächen anzuordnen. Es besteht ein besonderes Bedürfnis danach und es gibt internationale Beispiele, womit man das sehr, sehr gut integrieren kann. Vielleicht könnte man sich auch überlegen, das z.B. zum Teil von Bebauungsplanungen zu machen, wo solche Flächen vorgesorgt werden. Auch ist in Ihrem Schreiben sozusagen ein Lead vorgeschlagen; ich denke, oder wir sind überzeugt, dass der Lead dabei bei der Stadtplanung liegen muss, natürlich gemeinsam mit der Immobilienabteilung und dem Finanzressort, weil die Stadtplanung hier öffentliche Interessen auch zu vertreten hat. Oftmals kommt es dazu, dass z.B. durch

Kleingartensiedlungen sinnfällige Wege oder Kurzschlüsse nicht möglich sind, das heißt, es braucht hier wirklich die städtebauliche Einbindung dieser Flächen. Wir sind dabei auch der Meinung, dass z.B. der Frage der Satzung, der Spielregeln, der Nutzung und der Formate auch überdacht werden könnte. Z.B. denken wir, ist es nicht sehr sinnvoll, wenn dort sozusagen kleine Zweitwohnsitze entstehen oder Pools angeordnet werden, die natürlich dem Grundgedanken dieser Kleingärten nicht mehr entsprechen. Also gerade das, was Herr Gemeinderat Lenartitsch vorhin erwähnt hat, die Nutzung und den Fruchtgenuss dort zu haben, das ist ein ganz wesentliches Element dieser Kleingärten. Insofern wir werden diesem Antrag auf jeden Fall zustimmen, möchten das aber auch sozusagen etwas offener diskutieren, wie sowas eingeführt und eingerichtet werden kann (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. Piffl-Percevic:

Ich möchte mich bei allen sehr herzlich bedanken. Ich habe ausdrücklich von Einbindung gesprochen, die zuständigen Magistratsabteilungen sind klar; und ich glaube, das gehört auch themenzentriert bei der Stadtplanung, einmal als geübte federführende Stelle, aber alle Stakeholder und Beitragsleister sollten da wirklich breit eingebunden werden, das ist ganz in unserem Sinne, vielen Dank. Angesprochen, was die Wohnnutzung betrifft, wir unterscheiden uns da ganz deutlich von Wien, wo gewisse Kleingartenanlagen ganz normale Wohngebiete geworden sind, ohne Wertung, aber gewisse Nutzungen eher dadurch beschränkt wurden. Wir haben auch mit vielen Kleingartenbetreibern gesprochen. Erstens sind die Listen voll, manche nehmen gar keine Anmeldungen mehr an, weil sich so viele Leute melden. Das ist eben der neue Trend, aber ich sage es auch bei der Gelegenheit, es ist gescheiter, wir bieten Kleingärten an, dass sie die Stadt verlassen mit den Folgen, die ich ja vorher schon aufgezeigt habe. Und wir wollen auch und erklären uns bereit, mitzugestalten vor Ort, nur es gibt die Kleingartenverordnungen nach dem Raumordnungsgesetz und da

haben wir auch die Bitten, dass die bestehenden Kleingartenordnungen sozusagen, jetzt sozusagen salopp formuliert, mehr Biss über auch legislatisch abgesicherte Verordnungen bekommen, um genau allfällige Missstände schon im Keim ersticken zu können. Also offenes Ohr, wir haben da auch schon Vorgespräche geführt, das ist kein Geheimnis, das bedarf unter Umständen auch der Mitwirkung des Landesgesetzgebers, also bitte uns da zu unterstützen, wir sind auch diskussionsfähig darüber. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

10.2 Klimafreundliche, umweltverträgliche und krisensichere Energie-/Fernwärmeversorgung für den Großraum Graz (GR DI Georg Topf, ÖVP)

GR DI Topf:

Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Es ist ein dringliches Thema, denke ich, und zwar unter dem Aspekt einer klimafreundlichen, umweltverträglichen und vor allem auch krisensicheren Energie- und Fernwärmeversorgung für den Großraum Graz. Ich habe in meinem Motivenbericht sozusagen ein Eingangsstatement übernommen aus dem Umweltausschuss, bezugnehmend auf den Statusbericht 2019 Wärmeversorgung Graz 2020/2030, Wärmebereichstellung für die fernwärmeversorgten Objekte im Großraum Graz. Da war der Punkt 4, der besonders wichtig ist, nämlich Bewertung mit den Unterpunkten Versorgungssicherheit, Wärmepreise, also auch das ist ein wesentlicher Aspekt, und wie es mit den Umweltauswirkungen aussieht. Und der zweite Punkt sind die seinerzeit aufgezeigten aktuellen Entwicklungen betreffend Wärmewende Graz im seinerzeitigen Ausschuss für Gesundheit und Umwelt. Das war noch im Juli des Vorjahres, wo wir diese Wärmewende schon angesprochen haben, möchte ich jetzt insbesondere auf die

derzeit mit den erheblichen und besorgniserregenden Risiken verbundene Fernwärmeversorgungssicherheit ausdrücklich darauf hinweisen. Aufgrund der derzeit geopolitischen Lage muss sich aus dem daraus resultierenden aktuellen Anlass nach meiner Ansicht auf städtischer Ebene am vordringlichsten der Bereich klimafreundliche, umweltverträgliche und krisensichere Energie-/Fernwärmeversorgung behandelt werden, zumal einerseits, und das haben wir heute schon ausführlich besprochen, der zu befürwortende Dekarbonisierungspfad mit der Vision klimaneutrale Stadt 2040 weiterhin zu verfolgen ist und andererseits aber auch eine krisensichere, ich füge dazu, sozial- und ökonomisch vertretbare, Energie-/Fernwärmeversorgung gewährleistet werden kann. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die für die Gesamtkoordination zuständige Frau Bürgermeisterin Elke Kahr und die für den Bereich „Klimaschutz, Umwelt und Energie“ verantwortliche Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner werden nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Umweltamt ersucht, einen Runden Tisch mit den für die Energie-/Fernwärmeversorgung relevanten hausinternen und externen Stakeholdern und strategischen Partnern, den Vertretern der Sozialpartner und einem von jeder Gemeinderatsfraktion, so habe ich es einmal genannt, zu nominierenden Teilnehmern bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Energie am 25.4.2022 einzuberufen. Wenn es nicht so schnell geht, dann vielleicht eine Sitzung später, damit der Bereich „klimafreundliche, umweltverträgliche und krisensichere Energie-/Fernwärmeversorgung“ umgehendst in technischer und budgetärer Hinsicht bearbeitet werden kann. Ich ersuche um Annahme dieses dringlichen Antrages, der aus aktuellem Anlass von mir gestellt wurde (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bezugnehmend auf den Statusbericht 2019 „Wärmeversorgung Graz 2020/2030 – Wärmebereitstellung für die fernwärmeversorgten Objekte im Großraum Graz“, insbesondere Punkt 4-Bewertung mit den Unterpunkten 4.1-Versorgungssicherheit, 4.2-Wärmepreise und 4.3-Umwelt, und den aufgezeigten aktuellen Entwicklungen betreffend „Wärmewende Graz“ im seinerzeitigen Ausschuss für Gesundheit & Umwelt am 05.07.2021 möchte ich insbesondere auf die derzeit mit erheblichen und besorgniserregenden Risiken verbundene Energie-/Fernwärmeversorgungssicherheit ausdrücklich hinweisen. Auf Grund der derzeitigen geopolitischen Lage muss aus dem daraus resultierenden aktuellen Anlass nach meiner Ansicht auf städtischer Ebene am vordringlichsten der Bereich „Klimafreundliche, umweltverträgliche und krisensichere Energie- /Fernwärmeversorgung“ behandelt werden, zumal einerseits der zu befürwortende Dekarbonisierungspfad mit der Vision „Klimaneutrale Stadt 2040“ weiterhin zu verfolgen ist und andererseits aber auch eine krisensichere, sozial und ökonomisch vertretbare Energie-/Fernwärmeversorgung gewährleisten werden kann. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen: Die für die Gesamtkoordination zuständige Frau Bürgermeisterin Elke Kahr und die für den Bereich „Klimaschutz, Umwelt und Energie“ verantwortliche Frau Bürgermeisterin Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner werden nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Umweltamt ersucht, einen Runden Tisch mit den für die Energie-/Fernwärmeversorgung relevanten hausinternen und externen Stakeholdern und strategischen Partnern, den Vertretern der Sozialpartner und einem von jeder Gemeinderatsfraktion zu nominierenden Teilnehmern bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Energie am 25.4.2022 einzuberufen, damit der Bereich „Klimafreundliche, umweltverträgliche und krisensichere

Energie-/Fernwärmeversorgung“ umgehendst in technischer und budgetärer Hinsicht bearbeitet werden kann.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke vielmals, lieber Georg, vielen Dank für den dringlichen Antrag. Ja, es stimmt, vom Inhalt her ist es definitiv dringlich und deshalb hat Frau Vizebürgermeisterin Schwentner und auch unser Beteiligungsreferent Stadtrat Eber gemeinsam mit den Vorstehenden der Holding und auch mit allen Energieversorgern bereits einen Runden Tisch gehabt, nicht nur einen, sondern es gibt diese Wärmegruppe ja schon seit längerem, weil es genau darum geht. Es geht um die Versorgungssicherheit unserer Grazer und Grazerinnen und um Abhängigkeiten hintanzuhalten. Das Ganze hat ja noch einmal eine Riesen-Dimension bekommen durch den ganzen Krieg und deshalb ist es ja selbstverständlich, dass man sich hier ein Konzept überlegt hat. Das gibt es und diese Gespräche gibt es eben schon und den Runden Tisch. Was noch ansteht, und das ist der nächste Schritt, den wir auch so oder so vorgehabt hätten, eine Stadtregierungssitzung einzuberufen wie die, die am 1. April stattfinden wird, wo, wie immer, alle Stadtsenatsparteien, Klubs und selbstverständlich auch die Fraktion der Neos eingeladen werden. Also insofern war der Inhalt dringlich, aber Begehren in dem Antrag ist sozusagen schon in Planung, am 1. April wird es dieses Treffen geben unmittelbar nach der Stadtsenatssitzung.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke Frau Bürgermeisterin, vielleicht nur eine Anmerkung von mir. Wir haben ja auch im Umweltausschuss am Montag zugesagt, dass Werner Prutsch, der Umweltamtsleiter, auch berichten wird im nächsten Umweltausschuss, das heißt, es wird jetzt sukzessive in allen Gremien berichtet.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI Topf:

Ich danke für die breite Zustimmung, denn ich denke, dass es tatsächlich sozusagen dringlich ist, und ich danke jetzt schon, dass hier entsprechende Schritte seitens der Stadtregierung unternommen werden. Ich denke, dass es insbesondere nicht nur, aber besonders auch eben soziale und ökonomische Aspekte gibt. Ich denke aber auch, dass insbesondere jetzt die Situation aus der geopolitischen Lage der Fokus auch auf eine krisensichere Energieversorgung zu legen ist, und das müssen wir sozusagen auch noch im Zuge der Wärmewende-Diskussion insbesondere einbringen und das wird offensichtlich ja auch gemacht. Danke vielmals und ich freue mich auf eine Diskussion in diesem Bereich. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.39 Uhr).

10.3 Jugendbeteiligung weiterentwickeln (GRⁱⁿ Anna Slama, Grüne)

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Willkommen zu meinem ersten dringlichen Antrag (*Appl. und Gelächter*).

Mit dem 1.1.2022 hatten wir ungefähr 25.000 Jugendliche in Graz, sie sind eine der am stärksten vertretenen Gruppen im öffentlichen Raum, eine der größten

Nutzer:innengruppe vom öffentlichen Raum. Wo man sie dafür nicht finden kann, ist leider in der Kommunalpolitik. Wir haben es heute mit der Kindervertretung eigentlich sehr gut gesehen, Mitspracherecht, diese Möglichkeit, Ideen einzubringen und die eigene Altersgruppe zu repräsentieren, bringt sehr viel. Nicht nur mehr Interesse an Politik und Demokratie, auch die Möglichkeit, ihre eigenen Rechte einzufordern, und

natürlich für uns als Gemeinderat bringt das die Möglichkeit, neue Perspektiven und Ideen zu sammeln. Wir haben natürlich in Graz auch schon realisiert, dass wir die Jugend nicht einfach ignorieren können, deswegen wurde vor Jahren das Konzept des Jugendgemeinderates geschaffen. Das ist, für die Leute, die es jetzt nicht kennen, eigentlich eine Art Projekttopf, über den die Jugendlichen selbst entscheiden können und um finanzielle Unterstützung für bestimmte Projekte ansuchen können. Das ist eine wirklich wichtige Maßnahme, die uns auch sehr viel gebracht hat. Was leider nicht möglich ist in diesem Jugendgemeinderat, ist wirklich Anliegen auch in die Kommunalpolitik einzubringen, und genau das bräuchten wir. Deswegen möchte ich, dass wir dieses zusätzliche Format schaffen, um eben nicht diesen Projekttopf, den wir sehr dringend brauchen, auch einzustampfen, sondern ein zweites Format zu bringen, in dem wir es schaffen, dass Jugendliche ihre Anliegen verbindlich in die Politik einbringen können. Wir haben derzeit einen Jugendschwerpunkt und wir sind in der Ausarbeitung einer Jugendstrategie. Was aber leider noch nicht fixiert ist, ist eben diese Schaffung und Neukonzeption eines Formats, das wirklich Mitspracherecht garantiert für die Jugend. Daher möchte ich folgenden

dringlichen Antrag

stellen:

- 1.) Ist gerade ein bisschen schwer, weil er ist nicht da, aber Stadtrat Hohensinner wird ersucht, eine Weiterentwicklung des Jugendgemeinderats in Richtung umfassenderer Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten in die derzeit in Ausarbeitung befindliche Jugendstrategie zu integrieren. Dieses soll als zusätzliches Angebot zum derzeitigen Jugendgemeinderat gestaltet werden.
- 2.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, einen Evaluationsprozess des derzeitigen Angebots an Jugendbeteiligungsformaten (proAct, Jugendrat, Jugendgemeinderat, Mitmischen) einzuleiten. In diesem sollen die Organisator:innen sowie teilnehmende Jugendliche sich einbringen können. Die

Erkenntnisse aus diesem Prozess sollen die Grundlage zur, laut Jugendstrategie geplanten, Neukonzeption des Jugendgemeinderates bilden.

- 3.) Weiters möge das Konzept des Jugendgemeinderates Möglichkeiten zur digitalen Beteiligung beinhalten.

Ich hoffe natürlich auf breite Zustimmung. Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ UN-Kinderrechtskonvention, Artikel 12 Politische Teilhabe stärkt das Demokratieverständnis von Kindern und Jugendlichen und erweitert ihr Wissen über demokratische Vorgänge. Zudem unterstützt sie Jugendliche darin, ihre Interessen zu vertreten und ihre Rechte einzufordern. Verstärkte Partizipation von jungen Menschen ist somit nicht nur ein Gebot der Kinderrechtskonvention, sondern ein echter Gewinn für uns alle. In Graz haben wir das schon längst realisiert und mit dem Jugendgemeinderat einen wichtigen ersten Schritt geschaffen damit Jugendliche ihre eigenen Ideen umsetzen können. Ihnen wird in einem demokratischen Vorgang das Recht zuteil gemeinsam über die Aufteilung eines Budgets auf verschiedene Projekte Grazer Jugendliche zu bestimmen. Damit ist eine Anforderung an Beteiligungsformate sehr gut umgesetzt und sollte weiterhin bestehen. Obwohl Graz schon viele Beteiligungsformate bietet, können die Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen noch weiter ausgebaut werden. Wie der Möglichkeit die Anliegen der Jugend verbindlich in die Kommunalpolitik einzubringen, etwa durch die Teilnahme an relevanten Ausschüssen, Mitbestimmungsrecht bei Umgestaltungen öffentlicher Plätze und der Möglichkeit eigene Stücke über die Ausschüsse in den Gemeinderat zu bringen. Mit der geplanten Jugendstrategie wird eine mögliche Neukonzeption für den Jugendgemeinderat für 2024 in Aussicht gestellt, jedoch nicht fixiert. Ebenfalls wird die

Idee im derzeitigen Entwurf der Jugendstrategie als neue Ausrichtung unseres aktuellen Formates gelesen. Ein neues Konzept zum Jugendgemeinderat sollte aber nicht das Ende unseres derzeitigen, projektbezogenen Jugendgemeinderates bedeuten. Es darf kein Tausch von Formaten sein, da beide ihre ganz eigene Wichtigkeit und Berechtigung haben. Es wäre eine verpasste Chance, denn die Jugend braucht sowohl die Möglichkeit zur Umsetzung eigener Projekte als auch die Möglichkeit ihre Anliegen in die Kommunalpolitik einzubringen. Um den Grundstein für diesen Prozess zu legen ist eine Auseinandersetzung mit den bestehenden Formaten nötig. Seit Jahren sind die Organisator:innen der Grazer Jugend-Beteiligungsmodelle täglich mit den realen Problemstellungen der Umsetzung beschäftigt und haben eine wertvolle Expertise. Sie in diesen Prozess einzubinden ist unerlässlich. Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, eine Weiterentwicklung des Jugendgemeinderats in Richtung umfassenderer Mitsprache- und Beteiligungsmöglichkeiten in die derzeit in Ausarbeitung befindliche Jugendstrategie zu integrieren. Dieses soll als zusätzliches Angebot zum derzeitigen Jugendgemeinderat gestaltet werden.*
- 2.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht einen Evaluationsprozess des derzeitigen Angebots an Jugendbeteiligungsformaten (proAct, Jugendrat, Jugendgemeinderat, Mitmischen) einzuleiten. In diesem sollen die Organisator:innen, sowie teilnehmende Jugendliche sich einbringen können. Die Erkenntnisse aus diesem Prozess sollen die Grundlage zur, laut Jugendstrategie geplanten, Neukonzeption des Jugendgemeinderates bilden.*
- 3.) Weiters möge das Konzept des Jugendgemeinderates Möglichkeiten zur digitalen Beteiligung beinhalten.*

GR Brandstätter:

Werte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auch noch zu dieser späten Stunde, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Anna. Wir befinden uns ja jetzt noch in der Debatte zur Dringlichkeit, zum Inhalt möchte ich dann nachher mehr sagen. Ich kann vorwegnehmen, dass wir dein Anliegen nicht nur teilen, sondern gerade die Ämter, die auch Bildungsstadtrat und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner ja auch schon seit einiger Zeit führt, maßgeblich genau auch an diesen Dingen arbeiten, die du in deinem Antrag vorbringst. Und das bringt mich aber auch dazu, dass wir, auch wenn wir dem Inhalt natürlich sehr gerne zustimmen, der Dringlichkeit nicht zustimmen können, da wir nicht sehen, warum das jetzt in dieser Sitzung ein dringliches Thema ist. Dringlichkeit würde ja in meinen Augen bedeuten, dass wir heute darüber sprechen müssen, weil dieses Thema jetzt gerade besonders wichtig ist, und wir nicht schon in anderen Gremien und in anderen Orten schon über genau diese Dinge reden, und daher möchte ich sagen, dass in deinem Antrag, und ich habe mich da auch extra beim Amt informiert, in Wirklichkeit nur Dinge besprochen werden, die ja sowieso schon vom Amt geplant sind. So forderst du z.B. ganz am Anfang, dass von der Abteilung sozusagen dieser neu konzeptionierte Jugendgemeinderat als zusätzliches Angebot dargestellt werden soll. Da zum Inhaltlichen ein absolutes Ja, nur habe ich das zumindest von der Abteilung so verstanden und vielleicht war das einfach auch in dem informellen Ausschuss, der auch, glaube ich, vor zwei Wochen schon zu dem Thema getagt hat, noch nicht klar genug, aber dass ja das genau die Idee dieser Jugendstrategie ist, die dann im April in den Gemeinderat eingebracht werden soll und wir ja auch als Mitglieder dieses Ausschusses eben genau im Ausschuss auch die Möglichkeit haben, diese Dinge vorzubringen. Genauso verhält es sich ehrlicherweise auch mit dem zweiten Antragspunkt, nämlich einer Evaluierung, die auch ohnehin, so habe ich es mir vom Amt sagen lassen, angedacht ist. Das heißt im Wesentlichen, dass der Punkt 3 so vielleicht als neu erachtet werden kann, nämlich, dass auch eine digitale Beteiligung möglich sein soll. Da habe ich aber das Gefühl, dass das in der heutigen Zeit, in Zeiten von Zoom-Sitzungen und unzähligen Online-Sitzungen, sowieso selbstverständlich, ist

aber auch hier vor allem der Ausschuss ja wahrscheinlich das richtige Gremium wäre, um genau über diese Punkte zu sprechen. Zusammenfassend muss ich also sagen, dass nahezu alle von dir in deinem dringlichen Antrag angesprochenen Punkte sich ja so bereits in Umsetzung befinden, nicht neu erfunden sind, sondern in Wirklichkeit Teil einer langfristigen Strategie, die im Amt und auch direkt von Kurt Hohensinner initiiert und bereits gestartet worden sind und auch unbedingt umgesetzt werden sollen, und wir als Ausschussmitglieder ja auch explizit dazu aufgerufen sind, hier auch mitzuarbeiten, unsere Ideen einzubringen und dann hoffentlich ein bestmögliches Ergebnis für die jungen Menschen in unserer Stadt zu erreichen. Aus dem Grund werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen können, schon deswegen, weil dieser Antrag eher das Gefühl vermittelt, dass es nicht darum geht, jetzt wirklich etwas inhaltlich da heute in dieser Sitzung weiterzubringen, sondern dieses Thema politisch zu vereinnahmen, deswegen ein klares Nein zur Dringlichkeit. Und vielleicht noch abschließend, weil du gesagt hast, die Jugend ist nicht in der Kommunalpolitik vertreten. Ich weiß nicht, ob du dich noch zur Jugend zählst, ich zähle mich noch zur Jugend. Wir sind zum Glück in der Kommunalpolitik vertreten, aber es ist ganz sicherlich so, dass jede Maßnahme begrüßenswert ist, in der wir es schaffen, weitere junge Menschen noch zusätzlich einzubinden, dazu dann mehr im Inhalt. Danke (Appl.).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, bitte auf die Zeit achten.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregerung, werter Frau Kollegin Slama. Sie schreiben ja ganz richtig in Ihrem Antrag, dass es bereits viele Beteiligungsmöglichkeiten für

Jugendliche gibt, und in dem Punkt stimmen wir mit Sicherheit überein. Es gibt viele Beteiligungsmöglichkeiten, es gibt diese Institution des Kinderbürgermeisters, es gibt dieses KinderParlament, es gibt diverse andere Möglichkeiten, sich jetzt bereits als Jugendlicher bzw. als Kind in die Politik einzubringen bzw. sich auch in die Politik vorzufühlen und da heranzugehen. Und es ist ja durchaus sehr, sehr positiv. Uns geht der Antrag inhaltlich zu weit, wenn Sie da im Motiventext schreiben, dass auch die Möglichkeit bestehen sollte, in den Ausschüssen und im Gemeinderat Stücke einzubringen bzw. dass es ein Mitbestimmungsrecht bei der Umgestaltung von öffentlichen Plätzen geben soll, dann ist das uns zu weitgehend und wir sehen in dem Sinn keinen Grund, derart die Beteiligungsmöglichkeit auszuweiten. Ich glaube, wir sind hier im Gemeinderat, und das ist ja auch gut so, doch ein Gremium, wo es eine große Meinungsvielfalt gibt und wo auch die Meinungen vielfach diametral gegenüberstehen. Und insofern ist der Mehrwert, weitere Gruppen zu beteiligen, meiner Meinung nach nicht gegeben. Und der Inhalt dieses Antrages hat auch noch ein weiteres Problem. Wenn Sie jetzt hergehen und die Beteiligung für Jugendliche derart erweitern, wo ziehen Sie dann die Grenze? Heute sind es verschiedene Jugendgruppen, morgen werden es andere Institutionen sein, sei es der Migrantenbeirat, sei es der Menschenrechtsbeirat, seien es diverse Seniorenringe. Das hat alles seine Berechtigung, nur wo ziehen Sie dann bitte die Grenze und sagen, dieser Verein, diese Institution darf sich dann beteiligen und die andere nicht? Insofern ist es nicht verständlich, wo hier der Fortschritt sein soll und wo hier die Verbesserung sein soll und deswegen lehnen wir den Antrag inhaltlich ab (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, wenn dann würden wir alle Seniorenverbände einladen und nicht nur den Seniorenring. Herr Gemeinderat Brandstätter hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

GR Brandstätter:

Danke, Frau Bürgermeisterin, für das Wort. Werte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Antragstellerin. Nun zum Inhalt, liebe Anna. Dein Antrag beinhaltet grundsätzlich sehr viele wichtige Punkte, deswegen habe ich ja eh schon ausgeführt, dass daran auch schon im Wesentlichen gearbeitet wird. Mir sind ein paar wenige aber doch, glaube ich, wichtige Punkte inhaltlich noch wichtig, wo ich dich vielleicht auch im Anschluss um Klarstellung noch bitten darf. Zunächst aber zum Positiven. Wie du dankenswerterweise in deinem Antrag eh ausgeführt hast, ist die Partizipation von Jugendlichen in Graz bereits längst Realität und ein ganz, ganz wichtiges Thema. Es gib verschiedenste Beteiligungsformate, ich möchte das jetzt nicht noch einmal wiederholen, und jetzt wird eben über eine Neukonzeption eines zusätzlichen Jugendgemeinderates nachgedacht. Und diese Idee finde ich grundsätzlich sehr zu begrüßen, weil es extrem wichtig ist, dass man schon im jungen Alter mit demokratischen Prozessen vertraut wird und diese Anliegen dann natürlich auch in der Stadtpolitik gehört werden. Wie mein Vorredner sehe ich da aber ein paar Probleme hinsichtlich dessen, was du jetzt konkret ausgeführt hast, und da würde ich dich jetzt um Klarstellung bitten. Nämlich, ist es wahrscheinlich, auch wenn ich den Zugang verstehen kann, rechtlich einfach nicht umsetzbar und auch nicht möglich, dass Stücke über die Ausschüsse in den Gemeinderat gebracht werden sollen, wie es im Antrag, oder dass eine Teilnahme von Jugendlichen an den relevanten Ausschüssen ganz grundsätzlich möglich sein soll. Da habe ich durchaus rechtliche Bedenken und da würde mich einfach interessieren, wie das angedacht wäre und welche Form man hier wählen wollen würde. Darüber hinaus würde ich gerne ergänzen, dass es sicher selbstverständlich die Intention deines Antrages ist, diesen Jugendgemeinderat in einer Form zu gestalten, die von demokratischen Grundsätzen durch und durch geprägt sein muss. Warum sage ich das? Weil ich selbst einmal Teil eines solchen Beteiligungsprozesses war, damals vom Land Steiermark, das hat Jugendlandtag geheißen und vom damals SPÖ-geführten Bildungsressort ist das auch sozusagen gefördert worden. Und ich möchte nur sagen, dass uns dieser Jugendlandtag, wie er

damals durchgeführt wurde, glaube ich, als Beispiel dienen soll, wie wir es nicht machen sollen. Weil damals bereits der Auswahlprozess nicht demokratisch gestaltet wurde, sondern von den zuständigen Trainerinnen und Trainern die Personen ausgewählt wurden ohne eine demokratische Einbindung der anwesenden Jugendlichen, aufgrund von vollkommen unsachlicher Kriterien, wie z.B. welchen Berufsweg man hat oder welchen Ausbildungsweg oder davon, dass alle Geschlechter gleich ausgebildet werden müssen. Dämlich genug, wurde uns dann vor Ort beim Jugendlandtag mitgeteilt, dass von den Organisatoren erwartet werde, dass alle Anträge mit 100-prozentiger Zustimmung abgestimmt werden sollen. Das sei auch die politische Vorgabe, hat es damals geheißen. Und spätestens da habe ich, aus meiner Sicht, gar keine andere Wahl gehabt, als Protest zu äußern und mich über diese auch in Diktaturen oder im Kommunismus, wobei Letzteres in meinen Augen ja Ersteres bedingt, übliche Vorgangsweise zu beschweren. Und ich kann hier nur vorwegnehmen und würde mich ja auch um deine wohlwollende Zustimmung freuen, liebe Anna, dass ein solches Konzept unbedingt und unerlässlich beinhalten muss, dass keine scheindemokratischen Prozesse bei solchen partizipativen Prozessen durchgeführt werden und wir uns ganz klar dazu bekennen, dass zur Demokratie auch gehört, sich uneinig zu sein und das auch äußern zu dürfen. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anna. Danke für diesen Antrag, mir und uns als SPÖ, geht er nicht zu weit, weil es enorm wichtig ist, ein wirklich auch direkteres Mitwirken von Jugendlichen im politischen Prozess wirklich möglich zu machen. Du hast in deinem Antrag sehr richtig ausgeführt, welche Angebote es jetzt schon gibt. Aber genau wie du habe auch ich schon in der Vergangenheit angesprochen, dass mir vielleicht auch hier oder da ein weiteres Angebot sehr zusagen würde, weil es eben auch darum geht, Jugendliche in vielfältiger Form einzubinden. Vielfältige Form in dem Sinne, dass man sagen würde, es gibt diesen Jugendgemeinderat, und da gibt es die Möglichkeit, eigens überlegte Projekte zur

Abstimmung zu stellen und um Stimmen zu bitten, damit diese Förderungen quasi gegeben werden. Auf anderer Ebene gibt es z.B. in Wien, und damals habe ich auch dieses Beispiel gebracht, Jugend- und Bezirksgemeinderäte, die dazu führen, dass Jugendliche im Bezirksrat de facto mitwirken und Budget bekommen, welches sie direkt für den Bezirk und für die Verbesserung des Bezirkes einsetzen können. Ich glaube auf jeden Fall, dass es da noch ein vielfältiges Angebot brauchen könnte, und auch wenn wir jetzt nicht sagen können, was genau in deinem Antrag beschrieben wird, ob das auch wirklich rechtlich so möglich sein wird, im Endeffekt ist jeder dringliche Antrag ein Prüfungsauftrag an uns selbst, ob man das in dieser Form möglich machen kann innerhalb der Stadt Graz, und deswegen würde ich diesen Prüfungsantrag gerne auch mitbestimmen. Zu Letzterem glaube ich noch, dass es für Jugendliche und junge Menschen im Allgemeinen oft auch schwer verständlich ist, wie politische Prozesse eigentlich funktionieren und warum Entscheidungen oder Lösungen für solche himmelsklaren Probleme, die vor uns stehen, einfach so lange dauern. Und um diesen Prozess auf der einen Seite vielleicht auch ein bisschen transparenter zu machen, Menschen daran heranzuführen, wie die Stadt Graz arbeitet, wie der Gemeinderat arbeitet, wie unsere Ämter arbeiten, wie Bezirksräte arbeiten und auf der anderen Seite vielleicht auch für Verständnis zu sorgen, dass gewisse Prozesse einfach länger dauern, wenn sie demokratisch geführt sind, dafür könnte so ein zusätzliches Angebot auch genutzt werden. Was dann auch eine neue Generation an Gemeinderätinnen und Gemeinderäten auf der kommunalen Ebene hervorbringen könnte, die sehr genau wissen, dass man auf der kommunalen Ebene am meisten erreichen kann, weil das die Politik ist, die am nächsten an den Menschen ist und die echte Veränderung auch wirklich zielgerichtet möglich macht, und deswegen finden wir deinen Antrag sehr super, danke, dass du ihn gestellt hast. Wir stimmen auf jeden Fall im Inhalt zu (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Slama:**

Um kurz auf die ganze Sache jetzt noch einzugehen, wenn die Planungen ja so fortgeschritten sind, wie du sagst, Martin, wieso war es dann nicht in der Jugendstrategie fixiert? Aber ich freue mich schon darauf, dass wir weiter zusammen daran arbeiten können, hoffe ich. Außerdem, als kurze Klarstellung für Sie, Kollege Winter, Kinder und Jugendliche sind nicht die gleiche Altersgruppe und fühlen sich voneinander nicht wirklich repräsentiert. Außerdem gibt es durch die Stadt Graz eben, also wirklich durch die Stadt Graz als Projektumsetzer:innen gibt es genau das eine Angebot, das ich vorhin geschrieben habe in meiner Antragstextstellung. Und nochmals an dich, lieber Martin, die Möglichkeiten, die ich angeführt habe im Motiventext, sind natürlich Vorschläge, die wir natürlich prüfen müssen. Damit sage ich dankeschön für mehr oder weniger hilfreiche Wortmeldungen und ich bitte um Zustimmung (*Gelächter und Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

**10.4 Umgang mit belasteten Straßennamen – wem wollen wir in Graz Denkmäler setzen?
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen im Livestream, die vielleicht noch zu jetzt doch sehr später Stunde noch dabei sind. Das Thema jetzt ist nicht zum Lachen. Ich lache nur, weil die Anna gerade die Stimmung so fein aufgelockert hat nach so einer langen Sitzung, aber werden wir ernst, weil das ist ein ernstes Thema, was die, die schon länger im Gemeinderat sitzen, auch schon lange beschäftigt und uns einfach seit vielen, vielen Jahren begleitet. Nämlich das Thema der historisch belasteten und schwer belasteten Straßennamen in Graz. Im Jahr 2018 wurde dann nach Jahren der Endbericht der

Historiker:innen-Kommission präsentiert und in dem wurde festgehalten, dass eben 82 Straßennamen als kritisch oder demokratiepolitisch kritisch anzusehen sind, und von denen sind 20 höchst bedenklich. Damals wurde in der Präsentation auch gesagt, es ist nichts ausgeschlossen, seien es Zusatztafeln, vielleicht auch Umbenennungen, künstlerische Interventionen, auch die Einbindung der Bevölkerung wurde vorgeschlagen. Der Weg, der dann letztendlich gewählt wurde unter der vergangenen schwarz-blauen Koalition, war ein Weg, der sehr vielen unbefriedigend war. So war der Weg, dass alle personenbezogenen Straßennamen, also sowohl die belasteten als auch die schwer belasteten als auch die gar nicht belasten gleich aussehende Zusatztafeln bekommen. Also wir hatten hier damals einige sehr interessante Debatten im Gemeinderat, und diese Debatten waren eigentlich auch der Zeitpunkt, der mich für dieses Thema sensibilisiert hat und ein Stück weit emotionalisiert hat. Es gab damals Aussagen vom damaligen Klubobmann der FPÖ, dass er die Arroganz der Gegenwart ablehnt, das Handeln der damaligen Personen zu beurteilen und anderes mehr. Was schon extrem problematisches Geschichtsverständnis ist, weil das ist ja genau das, was wir über Jahre hinweg gemacht haben. Wir haben hoch anerkannte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gebeten, ein fundiertes Urteil über diese Personen abzugeben und das wurde dann vorgelegt. Warum bringe ich dieses Thema hier und heute ein? Ich denke, gerade an Tagen, wo wieder ein Krieg in Europa tobt und wir jeden Tag aufs Neue mit furchtbaren Meldungen aus der Ukraine konfrontiert sind, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob wir hier in Graz weiterhin offene Befürworter von Krieg und faschistischen Ideologien durch Straßennamen würdigen und ehren, weil das ist eine Benennung, das ist eine Ehrung und eine Würdigung im öffentlichen Raum. Im Grunde ist es ein unerträglicher Zustand für eine Menschenrechtsstadt, dass Menschen, die für Krieg, für Verhetzung und Verherrlichung totalitärer Regime stehen, dass diesen Menschen heutzutage Denkmäler gesetzt werden. Ich schlage in dem Antrag zwei konkrete Straßen vor, nämlich die Kernstockgasse und die Max-Mell-Allee. Warum schlage ich die beiden vor? Ein paar Worte jetzt zu den Biografien der Person, damit auch interessierte Zuhörer:innen, die vielleicht noch nicht so viel über diese Menschen wissen, das einordnen können. Beide wurden damals von der

Historiker:innen-Kommission als schwer belastete Personen eingestuft. Ottokar Kernstock war ein deutschnationaler Dichter und Kriegspropagandist, er gilt als Verfechter des Deutschtums. Nach 1938 wurde das sogenannte Hakenkreuzlied von den Nazis für Propagandazwecke verwendet. In den darauffolgenden Jahrzehnten haben sich viele Städte entschlossen, nach Kernstock benannte Straßen oder Plätze umzubenennen: Wien in den 90ern, Mürzzuschlag 2016. Was auch bemerkenswert an der Vorgangsweise jetzt in Wien und Mürzzuschlag war, dass man diesem Argument, was in dem Zusammenhang oft geäußert wird, dass man durch Umbenennungen die Geschichte auslöschen würde, ganz klar entgegengetreten ist, indem man gesagt hat, wir wählen neue Namen, die auch den Bezug zur NS-Zeit erhalten, aber einen anderen Bezug zur NS-Zeit. Wir würdigen und ehren nicht mehr die, die ein mehr oder weniger offenes Naheverhältnis zur NS-Ideologie hatten, sondern wir würdigen die, die im Widerstand gekämpft haben, die den Kriegsdienst verweigert haben oder die, die in Konzentrationslager deportiert wurden (*Appl.*).

Weil es sind diese Menschen, die in unserem kollektiven Gedächtnis niemals verschwinden sollten und deren Leid wir auch niemals vergessen sollten. Max Mells Verhältnis zum Nationalsozialismus, um zur zweiten Straße zu kommen, ist ein ambivalentes, jedenfalls wurde er auch hochdekoriert unter dem NS-Regime. Er wurde als repräsentativster Dichter der Ostmark bezeichnet und erhielt einen Ehrenring und war auch davor ein Befürworter des Austrofaschismus. Interessant an der Max-Mell-Allee ist, dass es da einfach auch aus dem Bezirk schon sehr viele Initiativen gab für eine Umbenennung, es gibt auch einen Bezirksratsbeschluss, ohne Gegenstimme wohlgemerkt, der sich für eine Umbenennung ausgesprochen hat. Ich bin am Ende meiner Zeit, deswegen versuche ich ein bisschen schneller zu werden. Jedenfalls sind viele Bedenken gegenüber Umbenennungen pragmatischer Natur, einfach, weil die Menschen Unannehmlichkeiten befürchten, hohe Kosten für die Anrainer:innen usw. Ich denke, in dem konkreten Fall, bei den beiden Straßen, ist es wirklich auch aus pragmatischer Sicht vertretbar. Das sind zwei kurze Straßen, es sind wenige Hausnummern betroffen und die Stadt kann hier, dort wo möglich, gut unterstützen bei anfallenden Kosten für die Anrainer:innen. Klar muss jedenfalls aus

meiner Sicht auch sein, dass die Menschen da gut mitgenommen werden müssen, dass das kein Prozess von oben top-down sein kann, sondern dass man einfach in ein Gespräch mit den Anrainer:innen kommen muss, wie es auch in der Vergangenheit von Bezirksrät:innen vielfach gemacht wurde; also es gibt in der Kernstockgasse und in der Max-Mell-Allee sehr, sehr viele, die dort wohnen, die sich für eine Umbenennung aussprechen. Ich stelle daher namens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat bekennt sich zum Beginn eines schrittweisen, behutsamen Umbenennungsprozesses schwer belasteter Straßennamen.
- 2.) Der Gemeinderat regt aufgrund vorangegangener Debatten und Bezirksratsbeschlüsse eine zeitnahe Umbenennung der Max-Mell-Allee und der Kernstockgasse an und ersucht um eine Prüfung der Übernahme anfallender Kosten der Anrainer:innen durch die Stadt.
- 3.) Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird in Absprache mit den für Straßenbenennungen zuständigen Stellen ersucht, unter Einbindung von Gedenkkulturinitiativen wie Clio und dem Verein für Gedenkkultur ein Konzept für ein Bildungs- und Kulturangebot (z.B. Stadtpaziergänge, Broschüren) für die schwer belasteten Straßennamen in Graz zu entwickeln und dieses dem Kulturausschuss bis Juni 2022 zur Diskussion vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Thema der historisch belasteten und schwer belasteten Straßennamen beschäftigt die Stadt Graz seit vielen Jahren. Im Jahr 2018 wurde der rund 1.000-seitige Endbericht der Historiker:innen-Kommission präsentiert, der 82 Straßennamen als kritisch und davon 20 als höchst bedenklich einstufte. Damals wurde noch festgehalten, dass

„nichts ausgeschlossen sei“, sowohl Zusatztafeln, als auch Umbenennungen und künstlerische Interventionen wurden in den Raum gestellt. Auch die Einbindung der Bevölkerung wurde vorgeschlagen. Unter der schwarz-blauen Koalition wurde dann aber ein für viele nicht zufriedenstellender Umgang mit den belasteten Straßennamen gewählt. Alle personenbezogenen Straßennamen erhalten Zusatztafeln. Argumentiert wurde vonseiten des damaligen FPÖ-Klubobmanns Armin Sippel, dass er „die Arroganz der Gegenwart, die sich anmaßt, Personen der Vergangenheit aus heutiger Sicht zu beurteilen“ ablehne. Das bringt ein äußerst problematisches Geschichtsverständnis zum Ausdruck, denn genau das war ja die Aufgabe der Historiker:innen-Kommission: Auf Basis wissenschaftlich fundierter Analyse eine Aussage darüber zu treffen, wie diese Personen aus heutiger Sicht zu bewerten sind. Gerade in Tagen, in denen wieder ein Krieg in Europa tobt und wir jeden Tag aufs Neue mit schrecklichen Meldungen aus der Ukraine konfrontiert werden, müssen wir uns fragen, ob wir hier in Graz wirklich offene Befürworter faschistischer Ideologien weiter durch nach ihnen benannte Straßen würdigen wollen. Im Grunde ist es doch ein unerträglicher Zustand, dass in der Menschenrechtsstadt Graz nach wie vor Menschen, die für Krieg, Verbrechen, Verhetzung und die Verherrlichung totalitärer Regime stehen, Denkmäler gesetzt werden. Warum sollten wir mit der Kernstockgasse und der Max-Mell-Allee beginnen? Ottokar Kernstock war ein deutschnationaler Dichter und Kriegspropagandist und gilt als „Verfechter des Deutschtums“. Nach 1938 wurde sein „Hakenkreuzlied“ von den Nationalsozialisten zu Propagandazwecken verwendet. Viele Städte haben nach und nach Plätze oder Straßen umbenannt (z.B. in Wien Kernstockplatz in Familienplatz 1992 sowie Ottokar-Kernstock-Straße in Jägerstätterstraße 1993, benannt nach dem Widerstandskämpfer und Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter; in Mürzzuschlag 2016 Kernstockgasse umbenannt in Haasgasse, benannt nach den NS-Opfern Karoline und Franz Haas). Diese Beispiele zeigen auch, dass der immer wieder geäußerte Vorwurf der „Geschichtsauslöschung“ keinerlei Grundlage hat. Wenn Straßen von NS-Sympathisanten in Widerstandskämpfer:innen und Opfer des NS-Terrors umbenannt werden, behalten wir die Zeit des Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis, würdigen aber endlich die, deren Widerstand und Leid niemals aus unserer Erinnerung

verschwinden sollten. Max Mells Verhältnis zum Nationalsozialismus ist ambivalent zu beurteilen. Unter anderem wurde ihm vom Gauleiter Baldur von Schirach 1942 der Ehrenring der Stadt Wien verliehen. In den 1930er Jahren war er Anhänger des Austrofaschismus, 1933 trat er demonstrativ aus dem P.E.N.-Club aus, weil dieser die Bücherverbrennungen in Deutschland verurteilt hatte. Der Bezirksrat Geidorf hat ohne Gegenstimmen den Beschluss gefasst, den Gemeinderat um die Umbenennung in Oktavia-Aigner-Rollett-Allee zu ersuchen, was auch die Unterstützung der Heimleitung der dortigen GGZ-Einrichtung findet, der die meisten Postadressen zufallen. Die meisten Bedenken gegenüber Umbenennungen sind pragmatischer Natur. Viele befürchten Unannehmlichkeiten und diverse anfallende Kosten für Anrainer:innen. Die frühere Gemeinderätin Daniela Grabe hat dazu intensive Recherchen, u.a. auf Basis der in Wien getätigten Umbenennungen, angestellt. Selbstverständlich sollte sein, dass die Stadt anfallende Kosten ersetzt. Gerade im Fall der Max-Mell-Allee und der Kernstockgasse sind hier aber keine enormen Kosten zu erwarten, zumal beide Straßenzüge wenige Hausnummern haben und keine großen Unternehmen ansässig sind. Klar muss auch sein, dass alle Anrainer:innen in einen Umbenennungsprozess gut eingebunden werden müssen: Für die Max-Mell-Allee wurden vonseiten des Bezirksrats Geidorf bereits Gespräche mit dem Pflegewohnheim Aigner-Rollett geführt, das eine Umbenennung in Oktavia-Aigner-Rollett-Allee sehr befürworten würde. In der Kernstockgasse gab es wiederholt Vorschläge von Künstler:innen, aber auch Anrainer:innen für eine Umbenennung. Im Falle der Kernstockgasse sollten jedenfalls die jetzt dort lebenden Menschen gut eingebunden und ihre Vorschläge für einen neuen Straßennamen in die Überlegungen miteinbezogen werden. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat bekennt sich zum Beginn eines schrittweisen, behutsamen Umbenennungsprozesses schwer belasteter Straßennamen.

- 2.) *Der Gemeinderat regt aufgrund vorangegangener Debatten und Bezirksratsbeschlüsse eine zeitnahe Umbenennung der Max-Mell-Allee und der Kernstockgasse an und ersucht um eine Prüfung der Übernahme anfallender Kosten der Anrainer:innen durch die Stadt.*
- 3.) *Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler wird in Absprache mit den für Straßenbenennungen zuständigen Stellen ersucht, unter Einbindung von Gedenkkulturinitiativen wie Clio und dem Verein für Gedenkkultur ein Konzept für ein Bildungs- und Kulturangebot (z.B. Stadtpaziergänge, Broschüren) für die schwer belasteten Straßennamen in Graz zu entwickeln und dieses dem Kulturausschuss bis Juni 2022 zur Diskussion vorzulegen.*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, liebe Manuela. Das Thema der Straßennamen beschäftigen den Grazer Gemeinderat schon sehr lange. 2014 ist die Historiker- und Historikerinnen-Kommission damit beauftragt worden, und seit 2018 wurde in einer konkreten, wertschätzenden und wissenschaftlich fundierten Aufarbeitung gearbeitet. Das ist einmal das, was wir an Fakten vorliegen haben. Wenn wir jetzt den Zeitraum ein bisschen beachten, in dem wir uns jetzt mit diesem Thema beschäftigen, ist bei einer Wiederaufnahme dieses Themas wirklich ganz dringend zu berücksichtigen, dass man einen Vorschlag vorlegt, der fundiert ist, der besser ist als der alte und der auch irgendwann einmal das Projekt zu einem endgültigen Abschluss bringen kann, das einmal nur ganz weit voran. Wenn jetzt ein neuerlicher Vorstoß in Richtung der Umbenennung kommt, dann bleiben, glaube ich, einige Fragen offen. Du hast gesagt, es hat die Historiker:innen-Kommission auch gesagt, es sind alle Möglichkeiten offen, man kann über alles reden. Wenn das so ist, dann würde ich vorschlagen, reden wir auch hier jetzt einmal über alles, und zwar über den Antragstext selbst. Hier wird erwähnt, es geht um den Krieg in der Ukraine, es geht um das problematische Geschichtsverständnis einiger Abgeordneter, und natürlich darum, dass man

Menschen, die für Krieg, Verbrechen und Verherrlichung totalitärer Regime stehen, keinen Raum geben darf. Ich glaube, wir sind uns einig, aber das kann bitte nicht nur für den historischen Kontext gelten, das muss auch für heute und jetzt gelten gerade im Lichte der aktuellen Geschehnisse (*Appl.*).

Ich glaube, es gibt Einigkeit darüber, dass die Menschen, die sich gesellschaftlich schuldig gemacht haben, nach einer Prüfung durch Expertinnen und Experten selbstverständlich keine Denkmäler erhalten sollen. Und ich halte auch fest, dass man auch berücksichtigen muss, wann diese Namensgebungen für die Straßen erfolgt sind. Aber wir sind uns einig, die sollen nicht verherrlicht werden, das ist, glaube ich, ganz wichtig. Es ist allerdings auch genauso wichtig, dass auch in der Gegenwart genauso wenig Raum für fragwürdige Haltungen ist und zwar nicht nur in Richtung Nationalsozialismus, sondern gegenüber allen Regimen, die in irgendeiner Form menschenverachtend tätig gewesen sind, die Menschen verhetzt haben, die Menschen umgebracht haben, das gilt bitte in alle Richtungen. Da müssen auch wir als Politiker und Politikerinnen entsprechend Vorbild sein und das gilt nicht nur in der großen globalen Betrachtung, das gilt auch hier in Graz. Und wenn ich mir die Diskussionen der letzten Tage und Wochen anschau, wo es um die Kollegen Luttenberger und Murgg sehr oft und dringend und auch in sehr bedauerlichen Zusammenhängen gegangen ist, reicht es eben, glaube ich, auch nicht, ein Krisengespräch zu führen oder zu sagen, es gibt Nachrichten aus der wundersamen Welt der KPÖ, das ist zu wenig. Und ich finde, dass man diese Dinge auch berücksichtigen muss, wenn es um diesen Antrag geht. Es wird verlangt, dass von Nazis, Antisemiten, Kriegstreibern man sich zu distanzieren hat. Jawohl, das hat man. Wir alle haben das, haben wir hier, das haben wir auch im Donbas, das haben auch die diejenigen, die leider Gottes Reisen unternommen haben, Blumen niedergelegt haben und mit selbsternannten Vertretern und Vertreterinnen einer abgespaltenen Region in Aufmärschen marschiert sind. Das gilt es genauso zu berücksichtigen. Und das ist eine Koalition, die hier besteht, dementsprechend ist es nicht nur das Problem einer anderen Partei. Ich würde deswegen, jetzt geht es ja einmal um die Dringlichkeit, dafür plädieren, dass wir uns endlich darauf verständigen, Extremismus in jeder Form abzulehnen, nach links, nach rechts, dass Verbrechen in alle

Richtungen benannt werden und dass wir uns davon auch alle entsprechend distanzieren. Und deswegen wäre meine Bitte, bevor wir uns mit einem neuen Konzept an die Öffentlichkeit wenden, wo es um ganz viel Geld geht, weil es gibt ja auch von der Wirtschaftskammer bereits eine Berechnung aus dem Jahr 2018, was nur die Umbenennung der Conrad-von-Hötzendorf-Straße kosten würde, sollten wir uns darauf verständigen, dass wir eine ganz klare Zielformulierung haben. Erstens im Sinne dessen, was ich gerade geschildert habe und zweitens auch, was die klaren Ziele dann tatsächlich bedeuten. Geht es nur um die zwei Straßen, würde ich sagen, ist das ein bisschen eine Augenauswischerei. Geht es um das Gesamte, ist das tatsächlich ein sehr großes Projekt. Drittens, ein Arbeitsprozess der Ergänzungstafeln ist ja bereits im Gange, das heißt, auch hier ist bereits mit Steuergeld vorgegangen worden. Das alles gilt es zu berücksichtigen, bevor man ein gutes Projekt vorlegt (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Wutte. Nicht, dass Sie sich jetzt wieder bedroht fühlen, so wie das letzte Mal, weil bei Ihrer politischen Dünnhäutigkeit muss man ja aufpassen, was man sagt. Aber eines müssen Sie uns schon erklären, wie kommen Sie auf die Idee, dass hier eine Dringlichkeit besteht, diese Straßen, diese Plätze umzubenennen, die seit Jahren und Jahrzehnten diese Namen tragen? Es gibt sehr, sehr viele Menschen gegenwärtig in Österreich, die völlig andere Probleme haben. Sie haben finanzielle Probleme, sie haben wirtschaftliche Probleme, und Sie schmeißen das Steuergeld beim Fenster heraus. Alleine die Umbenennung der Conrad-von-Hötzendorf-Straße würde nach der Wirtschaftskammer 560.000 Euro an Kosten verursachen. Das versteht kein normaler Mensch und das verstehen wir als FPÖ genauso wenig (*Appl.*).

Hoher Gemeinderat, jeder, der mich kennt, weiß, ich bin ein sehr direkter Mensch und ich bin ein sehr, sehr ehrlicher Mensch, und zwar zum politischen Mitstreiter wie auch zum politischen Gegner. Und ich gestehe Ihnen, Frau Bürgermeister, und auch Ihnen, Herr Kollege Ehmann, durchaus eines zu, Sie waren bisher immer bodenständig und

haben sich für die Probleme der normalen Menschen interessiert und dafür auch eingesetzt. So war es bisher, aber was ist jetzt? Jetzt sind Sie in der politischen Geiselhaft von realitätsfremden grünen Ideologen und dieser Antrag ist der beste Beweis dafür. Wir werden auf jeden Fall diese linksextremen Ideologieprojekte nicht mittragen, wir werden diese Steuerverschwendung nicht mittragen und zwar nicht heute, nicht morgen, niemals (*Appl.*).

Hoher Gemeinderat, welchen Zweck besitzt die Umbenennung von Straßen und Plätzen hier? Einen sinnvollen Zweck, den gibt es nicht. Was es aber sehr wohl gibt, sind ideologische Motive und eine bei den Grünen tief verwurzelte Geisteshaltung. Es ist die historisch kulturelle Autoaggressivität gegen das eigene Land, und gegen diese Geisteshaltung sprechen wir uns entschieden aus. Es gibt aber auch einen weiteren Grund, warum dieser Antrag von Seiten der Grünen kommt. Das ist nämlich ein Fehlen von einem historischen, von einem tiefen historischen Bewusstsein, und diese schwarz-blaue Vorgängerkoalition hat genau dieses Bewusstsein besessen und hat deswegen Zusatztafeln installiert und es war eine gute Lösung, und genau daran soll es bleiben. Wir werden uns mit Sicherheit gegen die Dringlichkeit aussprechen und natürlich auch gegen den Inhalt dieses Antrages. Ich bedanke mich (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR Ammerer:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, Frau Bürgermeisterin, werte Zuseher:innen im Livestream. Welche Ironie ist es eigentlich, dass ausgerechnet die Kollegin der ÖVP auf das von den Sowjets stark geprägte Propagandamittel des Whataboutismus zurückgreift, um diesen Antrag zu attackieren? Das ist wirklich ironisch, weil das hat nichts mit dem Antrag zu tun, was Sie gesagt haben, Frau Kollegin. Tatsächlich geht es um Benennung von zwei Straßen, die wir heute beschließen wollen. Und das führt mich auch zu noch einer Frage, die ich den Kolleginnen und Kollegen von zwei Fraktionen stellen möchte: Was haben Sie bitte mit

der Conrad-von-Hötzendorf-Straße? Niemand spricht von der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, es geht in diesem Antrag um die Kernstockgasse und die Max-Mell-Allee, zwei Straßen mit sehr wenigen Hausnummern, wo es durchaus in den Bezirksbevölkerungen Wünsche gibt, diese umzubenennen, weil die Leute keine Freude haben, in einer Nazistraße zu wohnen. Und der Verfasser der Hakenkreuzesliedes, der nur kein Nazi ist oder als Nazi bezeichnet werden kann, weil er halt vorher gestorben ist, da wohnt es sich eben nicht schön in einer Straße mit so einer Namensgebung. Ich kenne die Leute in der Kernstockgasse, wie Sie wissen, war ich Bezirksvertreter in der letzten Periode im Gries. Die Pfarre dort hat keine Freude mit dem Namen, die Schule dort hat keine Freude mit dem Namen, reihenweise Bewohner freuen sich nicht über diesen Namen und haben mir jetzt auch geschrieben, sie freuen sich so über die Umbenennung. Wir haben da Meinungen eingeholt, und in der Max-Mell-Allee ist der Fall sogar noch klarer mit einem einstimmigen Bezirksratsbeschluss. Für mich ist die Sache klar, Sie sträuben sich dagegen, weil das, so wie das gesagt haben, aus ideologischen Gründen bei Ihnen auch passiert. Es ist keine Überraschung, bei Politik, da geht es um Ideologie, und es ist auch ein ideologischer Auftrag zu sagen, nein, wir benennen nicht nach Faschisten. Das ist eine Ehrung und diese Ehre soll ihnen nicht zuteilwerden. Wir sind in Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort getreten, haben positive Rückmeldungen erhalten, nicht nur, das kann man ruhig zugeben, es ist nicht nur angenehm für Anwohner, aber was man wirklich nicht behaupten kann, ist, dass wir da händeweise Steuergeld beim Fenster rauswerfen oder Ähnliches. Es handelt sich um zwei extrem belastete Straßen, die wir in einem ersten, wie im Antragstext formuliert ist, behutsamen Umbenennungsprozedere umbenennen wollen. Also wovon sprechen Sie eigentlich in Ihren Wortmeldungen? Weil ich weiß nicht, was das mit dem Antrag eigentlich zu tun hatte, was ich bisher gehört habe (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Ich weiß nicht, ob es heute schon jemand getan hat, aber der obligate Dank an die Kräfte, die hier die Mikrophone und das Pult reinigen, bitte um einen Applaus (*Appl.*).

Ich möchte jetzt gar nicht noch einmal zu der grundsätzlichen historischen Frage Stellung nehmen, die hier lautet, ob wir alle fünf oder zehn Jahre dann irgendwie ständig neue Interpretationen von Vergangenen in der Gestalt umsetzen sollen, dass man dann ständig Straßennamen umbenennen möchte. Wir hatten gute Gründe in der letzten Gemeinderatsperiode, so zu argumentieren, dass wir sagen, wir wollen kontextualisieren. In der Mauer der Kasematten am Schloßberg haben wir sogar ein Grab, wir können das jetzt nicht entfernen oder nicht umbetten, sondern sollten es dabei bewenden lassen, dass Menschen halt in ihrer Vergangenheit, in ihrem Lebenslauf unterschiedliche Phasen durchgemacht haben. Aber darum geht es mir gar nicht. Das, was ich gerne verstehen würde, wäre nur im Punkt drei, wo gefordert wird, dass ich unter Einbindung von Gedenkkulturinitiativen ein Konzept für eine Bildungs- und Kulturangebot für die schwer belasteten Straßennamen erarbeiten soll. Mir ist nicht ganz klar, Frau Wutte, was damit genau gemeint ist. Denn wir wollen ja eigentlich gerade, oder wenn ich es recht verstehe, dann wollen Sie ja gerade behutsam zunächst einmal anhand dieser beiden Beispiele Umbenennungen durchführen, das heißt, es sollen ja die Namen Kernstock und Max Mell ja eigentlich gar nicht mehr in Erinnerung bleiben. Und mir ist jetzt ehrlich gesagt nicht ganz klar, was die Erwartungshaltung eines solchen Bildungs- und Kulturangebotes genau sein soll. Sollen wir eine Veranstaltungsreihe machen, sollen wir Bücher schreiben über Ottokar Kernstock und Max Mell? Und vor allem, dann kann es ja tatsächlich nicht sein, dass es bei diesen zwei Namen bleibt. Ich verstehe, ihr müsst jetzt liefern, ihr habt jetzt die Möglichkeit unter den neuen Mehrheitsverhältnissen, die jahrelange Forderung tatsächlich umzusetzen; aber im Grunde ist es ja tatsächlich ein bisschen eine Augenauswischerei, wenn man jetzt sagt, jetzt tun wir behutsam einmal zwei Straßen umbenennen, also bitte dann sagt doch gleich, wie das weitergehen soll, wie viele Straßen sollen das dann sein und in welchem Zeitraum (*Appl.*)?

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Vielen Dank, nur einmal ganz kurz zur Klarstellung. Wir nehmen die Ergebnisse der Historiker:innen-Kommission sehr ernst und wir haben einfach großes Interesse daran, dass dieses Projekt, das uns mittlerweile seit fast einem Jahrzehnt beschäftigt, auch zu einem guten Abschluss kommt. Es hat niemand gesagt, dass wir grundsätzlich gegen einen Punkt eine Diskussion verweigern, aber wofür ich schon plädiere, gerade im Sinne dessen, dass man jetzt auch Erwartungen weckt mit so einem Vorhaben und natürlich auch Verantwortung übernehmen muss in finanzieller und auch weltanschaulicher Hinsicht, möge das Ganze gut geplant sein. Das heißt, ich plädiere sehr stark dafür, dass man das als Projekt betrachtet, das gut durchdacht ist und vorgelegt wird. Das heißt, nur zwei Straßen jetzt einmal an den Anfang eines Prozesses zu stellen, halte ich für eine, sagen wir einmal, etwas mauere Vorgehensweise, weil doch relativ viele Fragen noch offen sind, die aus meiner Sicht, bevor man so einen Antrag stellt, beantwortet werden sollten. Diese Fragen reichen von der Historiker:innen-Kommission, wo ich mich frage, wird die weiterbeschäftigt, wird die noch weiter eingebunden sein, sind es jetzt noch immer die Experten und Expertinnen, die sich mit dem Thema beschäftigen sollen oder sind es jetzt nur noch Vereine, die sich damit beschäftigen? Wer wählt die neuen Namen aus? Und mir ist bekannt, es gibt eine Liste, da ist natürlich auch der Name von der Frau Oktavia Aigner-Rollett darauf, eine sehr verdiente Pionierin, wie uns bekannt ist, für die es ja auch bereits ein Denkmal gibt. Diese Liste, wird die noch ergänzt, wird die auch nach gewissen Kriterien adaptiert? Auch jene Liste, wo die 85 Namen draufstehen, diskutieren wir nur mehr über die Straßennamen oder kommen plötzlich auch andere Dinge dazu? Diskutieren wir dann auch einmal über Namen von Schulen? Da gibt es auch einige Beispiele, wie die Karl-Renner-Schule, wo man auch einen kritischen Blick darauf werfen könnte, wenn man sich die Historie genau anschaut. Wie stellen wir sicher, dass das Ziel eines reflektierten Geschichtsbewusstseins gesichert wird? Günter Riegler hat die Frage bereits formuliert, ich möchte das nur noch einmal dringend unterstreichen, weil ganz wichtig ist ja eigentlich festzustellen, dass manche dieser Persönlichkeiten sehr facettenreich sind und dass ja gerade die große Verpflichtung und Schwierigkeit darin

besteht, das Vielschichtige des Bösen auch erstens einmal bekannt zu machen, um den Leuten auch dieses Geschichtsverständnis mitzugeben, das halte ich für eine ganz große Verpflichtung, der wir uns auch stellen müssen. Gibt es eine Zeitvorgabe, bis wann ist das Ganze erledigt? Was passiert mit den bisherigen Maßnahmen, die bereits gesetzt wurden? Es gibt bereits Konzepte für Tafeltext, es gibt Konzepte für die Betäfelung generell. Viele, viele dieser Fragen müssen aus meiner Sicht in Verantwortung allen gegenüber, die sich etwas davon erwarten, vorab geklärt sein. Und diese Stellen müsste man im Vorfeld kontaktieren, die dafür eben zuständig sind, um diese Fragen zu beantworten; erst dann kann man, aus meiner Sicht, einen Antrag stellen und die Dinge wirklich fundiert und durchargumentiert besprechen. Danke (Appl.).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzt Kolleg:innen, es gibt keine größere Würdigung, die eine Stadt einer Person tätigen kann, als eine Straße oder einen Platz nach dieser Person zu benennen. Es gibt keine größere Würdigung. Und diese Würdigung sind unter gewissen Motiven, und wir kennen diese Motive aus Historiker:innenberichten, Personen zuteil geworden, die nicht geschichtsrevisionistisch, die wir heute nicht mehr so tätigen würden, sondern die auch damals die Opfer des Nationalsozialismus nie so getätigt hätten. Und wir haben uns doch damals bei der letzten Diskussion um dieses Thema immer für einen demokratischen und für einen Von-unten-nach-oben-Weg entschieden. Und dieser Von-unten-nach-oben-Weg nimmt die Bevölkerung mit, nimmt die Bezirksrät:innen mit, und erst wenn diese demokratischen Prozesse passiert sind, können wir uns vorstellen, dass es auch Umbenennungen geben soll. Die beiden genannten Straßen haben einstimmige Beschlüsse ohne Gegenstimmen, nur mit Enthaltungen, für eine Umbenennung. Im Übrigen gibt es auch jetzt gerade, in dieser Periode, einen weiteren Bezirksratsbeschluss über die Pommergasse in Lend, wo sich der Bezirksrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ dafür entschieden hat, diese umzubenennen, nur die FPÖ war dagegen. Und da reden wir von schwer belasteten Straßennamen, nicht von

Geschichtsrevisionismus, sondern wir handeln hier analog zum Historiker:innenbericht. Aber wenn hier jetzt von einer gewissen Fraktion behauptet wird, wir sind linksextrem, wenn wir das tun und wir verschwenden Steuergeld, dann möchte ich ganz klar sagen, das möchte ich mir vor allem von einer Fraktion nicht sagen lassen, die gerade vor wenigen Monaten einen Skandal hatte, wo sie genau Steuergeld missbräuchlich angeblich verwendet hat (*Appl.*), mit dem wir viele Umbenennungen in der Stadt Graz wirklich finanzieren könnten. Und ein Weiteres, was ich mir auch sicher nicht von dieser Fraktion einfach so gefallen lassen werden, ist hier zu stehen und zu sagen: Ich hoffe, Sie fühlen sich nicht wieder bedroht, weil Sie sind ja so dünn beschichtet. Das ist Gaslighting, Herr Winter (*Appl.*).

Was ist Gaslighting? Sie haben hier bei der letzten Gemeinderatssitzung eine Drohung ausgesprochen, eine Drohung in Richtung von der Kollegin Wutte, und jetzt stehen Sie hier und machen die Täter-Opfer-Umkehr und sagen, sie soll nicht so dünn beschichtet sein und Sie sind quasi das Opfer, weil Sie sich das nicht gefallen lassen. Das ist einem Gemeinderat nicht würdig, der hier so spricht. Berufen Sie sich auf die sachliche Debatte und nehmen Sie von Drohungen und solchen Gaslighting-Methoden bitte Abstand (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, zuallererst, liebe Kollegin Robosch, es ist ja richtig, was du hier ansprichst, mit diesem Skandal. Glauben Sie mir, mir hat das alles auch nicht gefallen und ich verabscheue diese Handlungen, die hier passiert sind. Aber dass gerade Sie von der SPÖ uns das heute vorwerfen, da kann ich Ihnen etwas noch viel Aktuelleres vorwerfen, wir wussten nicht, was die drei, vier oder wie viele auch immer, Herrschaften hier getrieben haben und danach haben wir sie entsorgt. Aber Ihr, Ihr Obernadelstreifensozialist Jürgen Dumpelnik, der sitzt jetzt mit ihm in einer Bürogemeinschaft, da sieht man wieder bei den Roten, der ist übrigens als Nachfolgerkandidat für die SPÖ Graz im Gespräch. Bei den Roten ist es egal, da ist es wurscht. Geld stinkt nicht (*Appl.*).

Wenn ich mir noch einmal anschau, wenn ich der Kollegin Wutte zuhöre, dem Kollegen Ammerer oder auch der Kollegin Robosch, dann geht es hier um schwer belastete Straßen, das klingt richtig dramatisch, und dann ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte**: Es ist ja auch dramatisch.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

... ja, es ist dramatisch. Und wissen Sie was? Das ist Ihre Meinung, und als aufrechter Demokrat muss ich das akzeptieren und respektieren und wenn Sie das heute mit der Mehrheit beschließen, dann ist das so. Aber was ich nicht akzeptiere und nicht respektiere und Ihnen jetzt auch vorhalte, das ist Ihre Feigheit. Ihre Feigheit, gleich alle Straßen umzubenennen, das trauen Sie sich nicht. Weil wenn Sie diese 20 höchst bedenklichen Straßen oder diese 82 kritischen Straßen auf einmal umbenennen würden, dann würde es keine KPÖ-Bürgermeisterin mehr geben, dann würden die Leute da draußen ja wissen, dass nicht mehr soziale Politik gemacht wird, das hat die KPÖ viele Jahr lang gemacht, sondern dass dann eine Klientelpolitik gemacht wird für drei oder vier verwirrte Prozent, die halt meinen, dass das jetzt die dringenden Probleme unserer Zeit seien. Sie sind feige, wenn Sie heute nur die Umbenennung von zwei Straßen fordern, weil dann machen Sie diese übliche Salamtaktik, jetzt sollen ein paar Leute blechen, in paar Jahren blechen die anderen. Sie sind feige, zeigen Sie doch Ihr wahres Antlitz, gehen Sie doch mit Ihren Forderung so um, sagen Sie, wir benennen jetzt gleich alle um. Nur diese Reaktion, die würden Sie nicht überleben, der SPÖ würden die letzten 9 % weglaufen, wenn sie Straßen auf einmal umbenennen würden, auch die KPÖ würde auf einmal entlarvt werden. Weil was der KPÖ bis dato, und das muss ich auch ehrlich sagen, was der KPÖ immer zugutegekommen ist trotz ihrer ideologischen Wahnvorstellungen, die sie in gewissen Bereichen hat, sie hat trotzdem soziale Politik gemacht. Das ist keine soziale Politik. Das ist einfach nur Wahnsinn (Appl.).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Welche Politik wir für wen und wie machen, da hatten wir immer einen Weg, das lassen wir ausschließlich die Bevölkerung beurteilen, und Gott sei Dank unterliegt das nicht der Beurteilung der Mandatare hier. Aber wichtig ist, dass wir wieder zum eigentlichen Antrag kommen.

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bevor ich zum erwünschten Inhalt komme, ich finde es schon lustig, dass die FPÖ so tut, als ob der eine Teil die letzten Jahre in New York gesessen ist und der andere Teil in Los Angeles (*Gelächter*). Aber ein Schelm ist, wer Übles denkt, aber ich sage es Ihnen auch, ich glaube es Ihnen. Es ist nichts nachgewiesen, so wie Sie es darstellen, Sie haben es vielleicht wirklich nicht gewusst, mal sehen. Hier wird sich ja noch einiges entwickeln. Die Bedenken von Herrn Stadtrat Riegler über den Faschismus, dass der vielleicht in fünf Jahren wieder anders bewertet wird, das ist auch selbsterklärend. Ich glaube, da ist wenig zu argumentieren, oder? Ich hoffe, dass wir in fünf Jahren das nicht anders bewerten als jetzt, sage aber, ich hoffe das auch mit dem Stalinismus, und ich glaube, das ist auch hier hoffentlich eine Einigung; weil wenn der Stalinismus anders bewertet wird als der Faschismus, dann habe ich damit auch ein Problem, muss ich hier auch anmerken. Aber das glaube ich eben auch nicht. Ich bin natürlich, das wissen Sie, unglücklich über die Situation Luttenberger/Murgg, ich habe mich dazu dementsprechend geäußert, aber es nicht geplant, nach den beiden Herren eine Straße zu benennen (*Gelächter*). Also an der Sache vorbei (*Gelächter und Appl.*). Und an den Stadtrat Riegler noch, ich finde, der Arbeitsauftrag, das sind Sie wahrscheinlich nicht gewohnt, aber der Arbeitsauftrag, den Sie bekommen haben und den Sie auch anzunehmen haben, weil er kommt vom Gemeinderat und Sie müssen ihn ausführen, und ich hoffe, Sie führen ihn qualitätsvoll aus, den haben Sie anzunehmen. Sie haben sich implizit geweigert, jetzt schon, so habe ich das herausgelesen. Der war klar, der

war verständlich und wir werden dann beurteilen, wie Sie arbeiten. Vielen Dank
(Appl.).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Meinen herzlichen Dank für die intensive Debatte. Das war ja auch das, was für mich bemerkenswert war jetzt so auch im Vorfeld zu dem dringlichen Antrag, weil es ja auch eine mediale Berichterstattung dazu gab, dass ich unglaublich viel Zuschriften von auch Bürger:innen bekommen habe und auch sehr viel unterstützende Zuschriften, auch so manche kritischen Nachfragen. Aber ich habe das eigentlich schon so irgendwie als Teil des Prozesses gesehen, weil einfach wieder ein Diskurs über das Thema entsteht und die Leute sich damit auseinandersetzen, wer diese Menschen waren und warum das jetzt umbenannt werden soll, und die Leute einfach wieder mit dem Thema in Berührung kamen, und das fand ich sehr, sehr wichtig. Es sind jetzt sehr viele Argumente im Raum gewesen und ich möchte einfach noch auf ein paar eingehen. Was ich aber am Anfang festhalten möchte, weil es jetzt auch von mehreren Seiten kam, ich glaube, das muss nicht extra betont werden, aber ich betone es gerne immer wieder, natürlich lehnen wir jede Art von Extremismus totalitärer Regimen etc. ab, egal aus welcher politischen Ideologie er kommen mag. Das wurde immer wieder gesagt und ich sage es gerne heute, hier und jetzt noch einmal. Die Kollegin Unger hat jetzt mehrfach gesagt, es wäre Augenauswischerei, nur diese zwei Straßen vorerst umzubenennen, und das finde ich überhaupt nicht. Wenn man es sich anschaut, dass es diese Debatte seit Jahrzehnten gibt, es war ja wirklich so, als ich mit Journalisten geredet habe, haben die zu mir gesagt, Sie berichten seit 20 Jahren darüber und nie hat sich etwas getan und das ist so unbefriedigend für so viele Menschen, finde ich es wirklich einen absurden Vorwurf, wenn man jetzt einmal einen Anfang setzt und sagt, ok, wir kommen da jetzt in die Gänge, wir wollen konkret mit diesen zwei Straßen beginnen, weil der Aufwand überschaubar ist, weil sehr viele Menschen schon dafür sensibilisiert sind, weil sehr viele Menschen sagen, wir wollen nicht, dass die Straße, in der wir leben, so heißt. Da kann man ja wirklich nicht sagen, das ist

Augenauswischerei, sondern das ist eigentlich eine Errungenschaft und wirklich ein Schritt, der heute und hier passiert (*Appl.*). Und gerade deswegen ist das Thema auch dringlich, weil so lange eben nichts passiert ist. Also ich finde es schade, dass sich die ÖVP nicht entschließen kann, mit diesem Antrag mitzugehen, weil sie ja auch in anderen Städten den Umbenennungen von Kernstockstraßen, Kernstockgasse zugestimmt hat und das unterstützt hat, möchte ich euch darauf hinweisen, und tatsächlich habe ich auch ein Zitat gefunden, das wird vielleicht überraschen, von wem das ist, das ist aus 2018 und der wird im Standard zitiert mit: „Ich kann mir vorstellen, dass sich jetzt einige fragen werden, warum muss ich in einer Straße wohnen, die einen Namen hat, mit dem ich nichts zu tun haben will?“ Und gesagt hat das der damalige Bürgermeister Siegfried Nagl, der da eigentlich schon ziemlich viel vorweggenommen hat von dem, wie es einigen Menschen auch geht in diesen Straßen. Jetzt mag man sagen, das ist zuwenig, konsequent wäre, alle 20 Straßen sofort umzubenennen. Ich finde, dass ist das falsche Vorgehen. Ich finde, das sollte nichts sein, das von oben herab passiert, ich finde, das muss etwas sein, was von den Bezirken, von Menschen, die dort leben, tatsächlich mitgetragen wird. Und wir werden uns natürlich auch die anderen schwer belasteten Straßen anschauen, dort, wo es vom Aufwand her vertretbar ist, dort, wo es auch den starken Wunsch gibt, einfach schauen, ob das machbar ist. Und das ist einfach nichts, was von heute auf morgen gehen kann, und ich glaube auch, genau dieser Prozess ermöglicht ja auch die wieder Auseinandersetzung mit den Personen und darum soll es gehen. Noch an den Stadtrat Riegler, weil ja die Frage war, wie der dritte Punkt zu verstehen ist. Aus meiner Sicht ist das ein langfristig angelegtes Projekt, also das Umbenennungsprojekt, deswegen finde ich es wichtig, dass man mit den Ergebnissen der Historiker:innen-Kommission, die jetzt ja auch schon seit vier Jahren vorliegen, etwas macht und da wirklich mehr in Richtung Bildungsangebot agiert zu den vielen Straßen, die es in Graz gibt, weil ich glaube, es gibt da wirklich noch nicht so viel Wissen dazu. Und in dem Sinne ist der Antragstext zu verstehen. Ich hoffe, das ist damit klarer geworden. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (19.41 Uhr).

10.5 Barrierefreie Haltestellen (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat. Nach einer Ideologiedebatte kommen wir jetzt zu einem Thema, das wirklich viele Menschen im tagtäglichen Leben sehr betrifft. Es geht um die Schaffung von barrierefreien Bushaltestellen. In den letzten Wochen habe ich sehr, sehr viele Zuschriften bekommen, wie dieses Thema damals im Grazer groß aufgemacht worden ist. Es betrifft einfach viele ältere Menschen, gehbehinderte Menschen, ich sage auch jüngere Menschen, die eine Sportverletzung aktuell mit sich herumschleppen. Da hat mir ein junger Mann geschrieben, der gerade mit den Krücken bei manchen Haltestellen kaum ein- und kaum aussteigen kann, weil es einfach so ist, dass gewisse Bushaltestellen zu ebenerdig sind. Der Bus hat eine gewisse Höhe, dann fahren die Busfahrer oft nicht ganz zur Haltestelle heran und dann kann man schwer einsteigen. Es gibt natürlich in den Bussen eine Rampe, nur haben wir das dann auch ausprobiert mit einem Bus und mit einem Busfahrer, der gewillt war, uns hier ein bisschen zu helfen, das ist sehr, sehr schwierig, auch mit dieser Rampe einzusteigen. Wenn nun einmal ein Höhenunterschied von 30 cm besteht und die Rampe geht dann so hinunter, das ist für viele einfach nicht machbar, das ist für viele auch nicht machbar, wenn der Busfahrer hilft. Und gerade jetzt muss man sich denken, wo es auch Covid gibt, dass hier der Busfahrer dann sozusagen Hand anlegt und nahe am Menschen ist, das ist vielleicht gerade bei der älteren Bevölkerungsgruppe auch nicht sehr klug. Man kann dieses Problem, denke ich, einfach lösen. Und die Stadt Graz hat es gezeigt, dass sie in der Vergangenheit oft geschafft hat, es gibt nämlich schon einige Bushaltestellen, die sind hervorragend. Es gibt auch eine Bushaltestelle in der Wienerstraße, HTL Bulme, dort kann man, wenn der Busfahrer gut herankommt, sehr gut ein- und aussteigen. Das

würden wir uns für alle Bushaltestellen in Graz wünschen, das sehr, sehr rasch. Wir haben im Antragstext auch ein paar Haltestellen angeführt, die in einem besonders wenig barrierefreien Zustand sind, dort müsste man ansetzen und einfach die guten Vorbilder hernehmen, die es bereits gibt. Zahlreiche Haltestellen sind bereits barrierefrei, der Gemeinderat sollte heute den Beschluss treffen, alle Haltestellen in Graz in einer möglichst raschen Zeit barrierefrei zu gestalten. Deswegen stelle ich namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird aufgefordert, sich ehestmöglich dafür einzusetzen, dass alle Haltestellen in Graz auf einen Standard gebracht werden, der allen Menschen ein leichtes Orientieren sowie Ein- und Aussteigen laut Motivenbericht ermöglicht. Insbesondere die Haltestellen Raach, Saitzgasse, Volksschule Gösting, Algersdorfer Straße, Scherwirt sowie Riegelteich weisen dabei einen dringenden Nachholbedarf in Bezug auf die Barrierefreiheit auf. Noch eine kleine Erklärung, das leicht Orientieren bezieht sich vor allem auf blinde Menschen, weil auch diese Rillen, die das Einsteigen erleichtern sollen, als eine Linie zum Bus hinführen sollen, die gibt es nicht bei allen Bushaltestellen. Ich bitte da um einen pragmatischen Zugang von allen Fraktionen und um Ihre Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bereits im Jänner 2022 hat der FPÖ-Gemeinderatsklub einen Antrag eingebracht, der es zum Ziel hatte, den Niveauunterschied von mehr als 20 Zentimeter zwischen Bushaltestelle und Bus an der Haltestelle „Volksschule Gösting“ durch bauliche Maßnahmen (Anhebung des zur Bushaltestelle gehörenden Gehsteigs) zu verringern. Aufgrund des bei dieser Bushaltestelle aktuell bestehenden massiven

Niveauunterschiedes zwischen Bushaltestelle und Bus, stellt der Ein- und Ausstieg für viele ältere Menschen eine große, alleine oftmals nicht zu bewältigende Herausforderung dar. Um Älteren und Menschen mit einer Behinderung das Ein- und Aussteigen in den Bus zu erleichtern, ist die Erhöhung des Gehsteiges notwendig. In den nachfolgenden Wochen wurden dem FPÖ-Gemeinderatsklub Haltestellen in ganz Graz gemeldet, die aufgrund der baulichen Gegebenheiten teilweise massive Mängel aufweisen. Oftmals muss auf Grund dieser Missstände das Fahrpersonal zu Hilfe eilen um den Fahrgästen oder auch Müttern mit Kinderwägen beim Ein- und Aussteigen zu helfen. Dies führt wiederum dazu, dass Fahrpläne nur schwer eingehalten werden können. Graz investiert in den nächsten Jahren massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dabei darf nicht auf eine barrierefreie Ausgestaltung der Ein- und Ausstiegsstellen vergessen werden. Wenn unsere Öffis in Zukunft als attraktive innerstädtische Verkehrsmittel wahrgenommen werden sollen, dann muss das gesamte Verkehrsnetz auf die Bedürfnisse aller Fahrgäste ausgelegt werden. Als dringendste Maßnahme müssen die sich im Grazer Verkehrsnetz befindlichen Haltestellen auf deren Niveauunterschiede und die besonderen Bedürfnisse von Gehörlosen, Blinden und Sehbehinderten überprüft werden. Gegebenenfalls ist eine Adaptierung durchzuführen, damit die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel auch jedem Fahrgast unbeschwert ermöglicht wird. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner wird aufgefordert, sich ehestmöglich dafür einzusetzen, dass alle Haltestellen in Graz auf einen Standard gebracht werden, der allen Menschen ein leichtes Orientieren sowie Ein- und Aussteigen laut Motivenbericht ermöglicht. Insbesondere die Haltestellen Raach, Saitzgasse, Volksschule Gösting, Algersdorfer Straße, Scherwirt sowie Riegelteich weisen dabei einen dringenden Nachholbedarf in Bezug auf die Barrierefreiheit auf.

GR DI **Ram:**

Lieber Gemeinderat Pascuttini, danke für den Antrag. Ich glaube, da haben wir einen Themenbereich gefunden, wo wir einen ähnlichen Enthusiasmus erzeugen. Also ich darf als Behindertensprecher der Grünen Fraktion da kurz etwas dazu sagen.

Barrierefrei Zugänge sind natürlich extrem wichtig, wenn man über echte Inklusion spricht. Da geht es vor allem darum, dass jetzt behinderte Personen vor allem auch selbstständig einsteigen können und nicht darauf angewiesen sind, dass jetzt dann der Fahrer z.B. zu Hilfe eilt, was ja bedeutet, dass sie wieder eine Hilfe brauchen, damit sie sich im öffentlichen Raum bewegen können. Dementsprechend ist es für uns von sehr, sehr hohem Interesse, dass man so schnell wie möglich alle diese

Zustiegsmöglichkeiten auf die höchsten Standards eben umrüstet. Ich möchte aber kurz darauf eingehen, weil das jetzt irgendwie so dargestellt wurde, also ob da nichts passiert. Es wurden Planungsstandards erarbeitet und sind bereits festgeschrieben, da gibt es unter anderem eine Richtlinie für barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes. Da gibt es auch eine Verkehrsplanungsrichtlinie und eben ganz konkrete Richtlinien zur Gestaltung von ÖV-Haltestellen, und diese entsprechen in der Stadt Graz dem höchsten Standard und alle, Neubauten vor allem, werden nach diesen Standards bereits umgesetzt. Natürlich ist es so, dass Graz ein großes Stadtgebiet ist und da gibt es natürlich viele, viele Haltestellen, die auch spezielle Situationen aufweisen. Also ich habe mir das auch konkret von der Holding zeigen lassen, das habe ich jetzt drinnen, aber zusammenfassend zu den angeführten Haltestellen, da sind drei leider auf Landesstraßen, da ist bereits urgirt worden und das ist in Bearbeitung, und dann haben wir bei einzelnen dieser Haltestellen besondere bauliche Themen, die auch teilweise noch gelöst werden müssen. Aber die Versicherung von der Holding ist da, alle dieser Haltestellen, die sind in Bearbeitung, die sind in Planung und das wird schnellstmöglich umgesetzt. Man muss natürlich sagen, heute ist schon wieder das Wort gefallen, Steuerzahlergeld, es ist wichtig, dass bei den Haltestellen eine Priorisierung erfolgt und dass natürlich auch Kosten/Nutzen miteinander abgewogen werden. Also ich kann nur sagen, von der Dringlichkeit her und auch vom Inhalt, also von unserer ganzen Fraktion kommt vollste Unterstützung. Und ich hoffe auch, dass

wir das so schnell wie möglich hinbekommen für alle Verkehrsteilnehmer. Danke
(Appl.).

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Regierungsbank, liebe Gemeinderäte. Ich melde mich nicht nur so oft zu Wort, damit ich meine Maske abnehmen kann, damit ich einmal Frischluft bekomme, nein, es geht wirklich um das Thema der barrierefreien Haltestellen. Vorweg vielleicht, Dringlichkeit von unserer Seite ja, Inhalt auf jeden Fall. Nur eines, was Sie angeführt haben, möchte ich ein bisschen ausführen. Nämlich in den Beförderungsbedingungen steht auch drinnen, dass der Fahrer angehalten ist, Menschen zu helfen beim Ein- und Aussteigen. Sprich, er wird sich jetzt nicht davor scheuen, älteren Menschen zu helfen. Nein, im Gegenteil, die steigen aus, wir haben alle unsere Schutzvorkehrungen. Ja, wir haben alle die FFP2-Maske als Fahrer dabei, die setzen wir uns auf und wir sind hier ja nicht in einem stundenlangen Austausch so quasi beim Ein- und Aussteigen. Wir helfen gerne. Dass das nicht überall möglich ist, hat der Kollege Ram schon ausgeführt, einfach weil wir nicht für alle Straßen so quasi zuständig sind, aber dort, wo es geht, wird es gemacht. Wenn Sie vielleicht durchs Stadtgebiet schlendern, fallen Ihnen vielleicht solche weißen Bordsteinkanten auf bei den neuen Haltestellen. Die nennen sich Kasseler Steine, die sind extra dafür gemacht, damit in den Haltestellen, vor allem in diesem Bereich, wo der Bus dann eben ranfährt, nicht ständig den Asphalt und den Untergrund zusammendrückt, dass er irgendwann einmal aufsitzt, sondern damit da eben ständig dieses gleiche Niveau gewährleistet werden kann. Ebenfalls kann man den Bus auch seitlich absenken, das bedarf dann einer kleinen Kommunikation mit dem Fahrer, und dann würde es auch schon leichter gehen. Ich gebe Ihnen auch Recht, dort, wo kein Gehsteig, keine Gehsteigkante oder kein Bordstein ist, und wenn man die Rampe dort rauslegt, ist das extrem steil, da gebe ich Ihnen Recht, da sind wahrscheinlich selbst Rollstuhlfahrer dann sehr verärgert, dass sie da überhaupt hineinkommen können. In diesem Sinne glaube ich schon, dass auch vor allem die Holding bemüht ist, aufgrund der Beschwerden die halt öfters reinkommen, auch das

zu forcieren, wenn ein Umbau stattfindet, dass der so stattfindet, dass eben ein barrierefreies Einsteigen bzw. ein niveaureguliertes Einsteigen möglich ist. Dankeschön (*Appl.*).

GR Ulrich:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuseherinnen oder Zuseher im Livestream. Zuerst einmal möchte ich anmerken, dass ich mich als Pflegeassistent und Behindertenbetreuer, dass mich das sehr freut, dass auch die FPÖ sich diesem wichtigen Thema annimmt. Und das sage ich völlig ohne Häme, das ist wirklich eine tolle Idee, und Mobilität ist einfach ein zentraler Baustein der Inklusion für Menschen mit Behinderung. Vielerorts klappt der Ein- und Ausstieg in ein öffentliches Verkehrsmittel schon ziemlich hervorragend, vor allem durch eine spürbare Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger in dieser Thematik. Ich schließe mich da nicht meinen Vorrednern an, ich glaube, es gibt immer eine Möglichkeit, da zu helfen. Ich möchte aber auch anmerken, dass das Personal, vor allem die Bimfahrer:innen und Busfahrer:innen, die nehmen sich die entsprechende Zeit und helfen mit einem hohen Maß an Freundlichkeit, natürlich auch Menschlichkeit, wahnsinnig gut mitschaut. Das wird auch mir relativ häufig von den Bewohnerinnen und Bewohnern und Kundinnen und Kunden, die ich begleiten darf, mitgeteilt, dafür möchte ich mich einmal recht herzlich bei allen Bimfahrer:innen bedanken (*Appl.*).

Aber es sind, und da möchte ich auf Sie kurz zu sprechen kommen, Herr Pascuttini, es sind nämlich nicht nur die Einstiegshürden, es gibt nämlich noch bei anderen Dingen auch einen kleinen Verbesserungsbedarf. Und zwar die etwas gewöhnungsbedürftigen Fahrpläne hängen teilweise noch immer um einiges zu hoch sowohl für Rollstuhlfahrer als auch für mich (*lacht, Gelächter im Saal*). Auch das unübersichtliche Design der Pläne bedarf dringend einer Überarbeitung. Man könnte auch die Handy-App BusBahnBim, viele von euch kennen sie, mit Hilfe der sogenannten unterstützten Kommunikation, die im Behindertenbereich sehr häufig eingesetzt wird, also eine

einfache Darstellung zusätzliche Barrieren überwinden, hier laufen aber bereits die ersten Gespräche mit den zuständigen Stellen der Stadt Graz. Nichtsdestotrotz halten wir Ihren Antrag für nützlich, für fortschrittlich. Wir freuen uns darüber, wir werden ihn sowohl in seiner Dringlichkeit als auch im Inhalt unterstützen. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen uns da auch vollinhaltlich anschließen, ein wohlbegründeter, gut vorgetragener Antrag. Ich bin nur hier, weil ich mir das auch in die andere Richtung wünsche. Wenn etwas gut vorgetragen ist wie bei der Kollegin Wutte, gut recherchiert, Dampf rausnehmen, vielleicht einen anderen Standpunkt darlegen, aber nicht immer dieses Vollgas. Wenn was gut ist, kann man es ja auch in der Qualität gut anerkennen und dann auch aus was auch immer für einen Grund ablehnen, aber dieses Aufgeheizte, das bringt uns nirgendwo hin. Ich werde da immer wieder darauf hinweisen. Jedenfalls bei diesem Antrag vielen Dank und unsere volle Zustimmung (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich werde es versuchen, sehr kurz zu machen zu dieser vorgerückten Stunde. Wie Sie alle wissen, ich setze mich für Inklusion ein, auch im Gemeinderat, und deswegen ist natürlich jede Initiative zu unterstützen. Es gibt im öffentlichen Verkehr noch viel zu tun, obwohl schon viel passiert ist, und ich möchte da jetzt gar nicht so weit ausholen, weil meine Vorredner ja schon viel angemerkt haben, wo es auch noch überall Verbesserungsbedarf gibt. In dem Fall auch ein herzliches Danke für den Antrag. Wir werden natürlich in der Dringlichkeit und auch im Inhalt mitgehen. Aber Barrierefreiheit hat viele Gesichter, nicht nur die baulichen Maßnahmen, nicht nur die informativen Maßnahmen, sondern es ist auch die finanzielle Sicht, die man dabei nicht vergessen darf. Und deswegen möchte ich

natürlich auch diesen Antrag nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es noch immer einen Fördermissstand gibt im Rahmen des Klimatickets und viel mehr Menschen wahrscheinlich auch in diesem Bereich noch auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen würden, und deswegen würde ich gerne noch Herrn Stadtrat Manfred Eber daran erinnern, dass ich ja vor einigen Monaten diese Frage gestellt habe und ihn noch einmal dazu auffordern, diesen Fördermissstand zu beheben, damit vielleicht auch dieses ganz Konzept Barrierefreiheit mit der finanziellen Barrierefreiheit noch eine Abrundung erfährt. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen herzlichen Dank an alle Fraktionen für die Zustimmung. Es ist sehr viel Richtiges gesagt worden. Das hat mir gut gefallen vom Kollegen von der KPÖ, der gesagt hat, das muss irgendwie möglich sein, egal wie. Diese Ausreden, das haben einfach die Betroffenen satt. Das ist eine Landesstraße oder das Geld ist nicht da oder da müssen wir bauliche Maßnahmen treffen. Das müssen wir einfach irgendwie schaffen. Und ich darf noch kurz etwas erzählen, weil das ganz gut dazu passt, natürlich sind die Busfahrer, das habe ich auch sehr oft berichtet bekommen, sehr, sehr hilfreich, nur gerade viele ältere Menschen, und verstehe ich auch, wollen sich gar nicht helfen lassen. Ich habe eine ganz nette Dame, die steigt bei der Volksschule Gösting ein, die sagt: Ich bin schon sehr alt, aber ich will mich nicht alt fühlen und deswegen will ich alleine in den Bus einsteigen, und wenn dann der junge Busfahrer raushüpft und mir helfen will, ist das eine gute Sache, nur mich erinnert das an mein Alter und das will ich nicht. Und die freut sich, glaube ich, aus dem Grund, wenn das einmal angehoben werden würde, darüber, dass sie sich einfach fit fühlt und dass sie sagen kann: Ich schaffe die Dinge alle noch selbst. Und ich glaube, das ist auch ein gewisses Grundbedürfnis, das man den Leuten zugestehen muss. Vielen herzlichen Dank für die Zustimmung, die jetzt zu erwarten ist, und ich freue mich darüber (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Dankeschön, ich möchte mich dem Dank auch anschließen auch an die Bediensteten der Graz Linien, die tatsächlich sehr hilfreich sind bzw. wollte auch anregen, man kann sich immer auch direkt an die Holding wenden, gerade mit der Höhe und der Sichtbarkeit von Tafeln und Informationen, und da wird auch immer sehr zügig reagiert. Also insofern auch diese Anregung.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

10.6 Exekutive stärken – 100 weitere Polizei-Plandienststellen für Graz (GR Mag. Michael Winter, FPÖ)

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregerinnen. Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Wochen und Monaten, aus unserer Sicht, in Graz leider sehr verschlechtert. Um nur einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zu nennen, April 202: Mord an einer 38-Jährigen, Februar 2022: Mord an einer 41-Jährigen, ebenso Februar 2022: Überfall auf einen 22-Jährigen bzw. einen 17-Jährigen in der Grazer Innenstadt, 19. Februar 2022: zwei Männer werden von einer Frau mit dem Messer attackiert in der Mondscheingasse, 22. Februar 2022: Überfall auf eine Trafik in Jakomini, der Täter ebenfalls mit einem Messer bewaffnet, und erst diese Woche Überfall in Puntigam inklusive Bombendrohung. Die Sicherheitslage hat sich verschlechtert und leider Gottes ist dementsprechend diese Aufzählung nur die Spitze des Eisbergs. Und ich glaube, alleine schon aus dieser Aufzählung ergibt sich, dass eine gewisse Dringlichkeit hier gegeben ist. Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns sicher einig, nämlich, dass dieses Thema Sicherheit eine Querschnittsmaterie ist, die unterschiedliche Aspekte beinhaltet. Wir haben eine finanzielle Sicherheit, wir haben eine soziale Sicherheit, wir haben eine wirtschaftliche Sicherheit und wir haben viele andere Varianten der

Sicherheit. Aber wir haben auch diese klassische Sicherheit, dieses Law and Order, diese Aufrechterhaltung einer öffentlichen Ordnung, und um diese Sicherheit zu gewährleisten, ist es notwendig, dass wir nicht nur eine starke, sondern auch eine personalstarke Polizei in Graz und in unserem Land besitzen. Der Kollege von der ÖVP hat es schon erwähnt, seit dem Jahr 2002 sind 75.000 neue Einwohner in Graz, der Personalstand der Exekutive in Graz ist jedoch stagnierend. Und im Rahmen eines derartigen Personalstandes ist es wirklich nur noch sehr schwierig und unter äußersten Anstrengungen möglich, dass hier die Polizei ihre Aufgaben auch wirklich vollumfänglich erfüllt, und auch daraus ergibt sich natürlich, dass wir in dem Bereich eine Aufstockung vornehmen müssen. Die SPÖ hat einen Abänderungsantrag eingebracht, dass das Innenministerium einmal prüfen sollte, ob hier wirklich ein Bedarf besteht und ob so eine Aufstockung der Exekutive in Graz notwendig ist. Und ich gebe Ihnen ein Argument, warum so eine Prüfung, so eine Evaluierung von Seiten des Innenministeriums nicht wirklich zielführend ist: Vor drei bis vier Jahren hätte sich niemand gedacht, dass eine Pandemie ausbricht, vor wenigen Wochen hätte sich niemand gedacht, dass dieser Russland-Ukraine-Konflikt derartig eskaliert. Und durch diese neuen Veränderungen, die wirklich sehr, sehr schwer vorauszusehen waren, hat es auch natürlich eine völlig andere Aufgabenstellung, ein völlig anderes Aufgabengebiet für die Polizei gegeben und auch mit völlig andere personellen Dimensionen. Und insofern ist es unverständlich oder ist für mich in dem Sinn nicht sinnvoll, wenn da jetzt diese Evaluierung stattfindet, wenn viele Unbekannte in der Zukunft existieren. Sprich, wir haben einen Anstieg der Internet- und Cyberkriminalität im Rahmen von dieser Pandemie erleben müssen, wir haben vermehrte Demonstrationsaktivität erleben müssen, wir haben jetzt diese Flüchtlingswelle von Seiten der Ukraine erleben müssen, alles Dinge, die mehr oder weniger nicht vorhersehbar waren. Und es zeichnen sich viele andere Probleme auch am Horizont ab, um nur eines zu nennen: eine Lebensmittelkrise. Eine Lebensmittelkrise, und das ist durchaus denkbar, wird in dem einen oder anderen nordafrikanischen oder orientalischen Land durchaus auch Revolutionen und Unruhen verursachen. Was wird die Konsequenz davon sein? Dass möglicherweise wieder Migrationsbewegungen und

durchaus auch Fluchtbewegungen in Richtung Europa stattfinden. Wieder eine riesige Aufgabe, die im Endeffekt durch die Exekutive zu bewältigen und abzuarbeiten ist. Es gibt hier viele Gründe, warum wir die Exekutive aufstocken müssen, ich fasse es zusammen auf zwei Punkte: Erstens die gegenwärtige Kriminalität wäre besser zu bekämpfen und ist besser zu bekämpfen, wenn wir hier einen besseren Personalstock hätten, und das Zweite, auch im Sinne eines Vorsorgeprinzips, um auf künftige Krisen, und früher oder später kommt die eine oder andere Krise mit Sicherheit, um hier besser vorbereitet zu sein. Und infolgedessen bringen wir den

Antrag

ein:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bundesregierung bzw. das Innenministerium im Besonderen wird am Petitionswege aufgefordert, als Reaktion auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Graz die Anzahl der polizeilichen Plandienststellen für Exekutivbeamte, die für den exekutiven Außendienst vorgesehen sind, um die Anzahl von 100 schnellstmöglich aufzustocken.

Ich bedanke mich (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Graz mehren sich Mord-Delikte wie zum Beispiel der Fall einer 38-jährigen Frau im April 2021, einer 41-jährigen Frau im Februar 2022 die grausam mit einer Schere erstochen wurde, oder auch der Doppelmord mit anschließenden Suizid im Februar, um nur ein paar schmerzliche Beispiele zu nennen. Die Grazer Polizei sieht sich auch mit einer auffälligen Häufung an Gewalttaten konfrontiert, wie zum Beispiel einem Überfall von Jugendlichen an einer Haltestelle in Andritz, einem brutalen Überfall in der Innenstadt auf einen 22-jährigen Mann sowie einem 17-jährigen Radfahrer. Auch ein

36-jähriger Mann wurde an einer Straßenbahnhaltestelle von einem Täter schwer mit einem Messer verletzt (Kleine Zeitung 24.2.2022). All diese Beispiele sind allerdings nur die Spitze des Eisberges. Ohne Zweifel ist das Thema „Sicherheit“ eine Querschnittsmaterie, die viele unterschiedliche Aspekte und Themenfelder beinhaltet: Soziale Sicherheit, finanzielle Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit und viele andere mehr. Der wesentliche Stützpfeiler für die Aufrechterhaltung von Sicherheit im klassischen Sinn, nämlich von Law and Order, ist ohne Zweifel eine (personell) starke Polizei, die im Rahmen des exekutiven Außendienstes in der Öffentlichkeit auch Präsenz zeigt und damit auch ihre generalpräventive Wirkung entfalten kann. Auf Grund der ausgeweiteten Aufgabenbereiche in Kombination mit einem stagnierenden Personalstand ist die Exekutive in der Landeshauptstadt derzeit nur unter äußersten Anstrengungen dazu in der Lage, ihren Aufgaben vollumfänglich nachzukommen. Eine personelle Aufstockung der Polizei in Graz ist daher als dringlich und unumgänglich zu bezeichnen. Angesichts der seit mittlerweile über zwei Jahren herrschenden Corona-Maßnahmen, aber auch des gegenwärtigen Russland-Ukraine-Konflikts, wird verdeutlicht, dass „Sicherheit“ bzw. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ein höchst fragiles Gut einer Gesellschaft sind. Folglich wird die Exekutive vor sich ständig verändernde Herausforderungen gestellt: Zunahme der Internet- bzw. Cyber-Kriminalität, vermehrte Demonstrationsaktivitäten aber auch eine Flüchtlingsbewegung im Zuge des Russland-Ukraine-Konflikts sind nur einige Herausforderungen, die von der Exekutive gegenwärtig zu bewältigen sind. Durch den bedauerlicherweise sich abzeichnenden bzw. bereits erfolgten finanziellen Niedergang einer nicht unwesentlichen Anzahl an Menschen in diesem Land (Corona-Missmanagement der Bundesregierung; Teuerungswelle; wirtschaftliche Folgen des Russland-Ukraine-Konflikts etc.), ist eine deutliche Steigerung der Kriminalitätsrate zu erwarten. Damit sich die bereits in der Gegenwart sehr angespannte Sicherheitslage in der Mur-Metropole nicht weiter verschlechtert und um für neue Gefährdungspotentiale gerüstet zu sein, müssen mehr Seite 2 von 2 Exekutiv-Beamte im Außendienst eingesetzt werden. Folglich muss die Anzahl der Plandienststellen deutlich erhöht werden. Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bundesregierung bzw. das Innenministerium im Besonderen wird am Petitionswege aufgefordert, als Reaktion auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Graz, die Anzahl der polizeilichen Plandienststellen für Exekutivbeamte, die für den exekutiven Außendienst vorgesehen sind, um die Anzahl von 100 schnellstmöglich aufzustocken.

GRⁱⁿ Sabine **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseher vor der Liveübertragung. Der Antrag ist ja an und für sich eine gute Intention, denn jedes Unternehmen wünscht sich eigentlich mehr Personal, aber ich muss jetzt über Tatsachen sprechen. Und Tatsache ist, dass dieses Thema bereits in Arbeit ist. Was bedeutet das? Es bedeutet konkret, dass im Mai und im August 2022 ca. 100 Polizistinnen und Polizisten ausgemustert werden, das sind mehr als Planstellen zur Verfügung stehen und genau dieses Thema wird bereits mit dem Land Steiermark und mit dem Ministerium für Inneres ausverhandelt. Also das ist ein aktuelles Thema, das bereits in Arbeit ist. Zur Sicherheitslage in Graz möchte ich sagen, dass die Sicherheitslage in Graz stabil ist. Natürlich gibt es immer wieder das eine oder andere aufsehenerregende Ereignis, aber dazu muss ich auch sagen, dass die Polizisten und Polizistinnen diese Ereignisse durch rasches Reagieren und Einschreiten bannen konnten und auch die Täter oder Tatverdächtigen in der Folge festnehmen konnten, bis auf den Bankräuber, von dem der Kollege gesprochen hat. Aber wir müssen uns auch über eines im Klaren sein, dass genau solche Straftaten im Vorfeld durch noch so viel Personal im Endeffekt eigentlich gar nicht verhindert werden können und auch in Zukunft nicht verhindert werden können (*Appl.*).

Wichtiger ist daher eine nachhaltige Personalentwicklung. Was bedeutet das? Dass auch vielleicht auf den Dienststellen dieser Verwaltungsaufwand, der für die Straftaten

erforderlich ist, eingedämmt wird, um so mehr Ressourcen freizubekommen und diese Kollegen dann mehr im exekutiven Außendienst sein können. Daher mein Appell ist schon ein bisschen, dass man nicht mit Alarmismus hier vorgeht, denn das verunsichert Bürger und Bürgerinnen, sondern dass man hier eine seriöse Sicherheitspolitik macht. Und, Herr Kollege Winter, ich weiß nicht, ob das Ihnen nicht bekannt ist, wie das interne Prozedere ist. Sie hätten eigentlich nur zum Telefon greifen und den Stadtpolizeikommandanten anrufen müssen, dann hätten Sie erfahren, wie tatsächlich die aktuelle Lage derzeit ist. Aber vielleicht ist es dem geschuldet, weil Sie vielleicht nicht in Graz Dienst machen, aber ich bin hier jetzt gar nicht böse, weil ich habe halt Ihre Hausaufgabe jetzt somit erledigt (*Appl.*). Und das ist jetzt ja vielleicht ein bisschen der Unterschied zwischen Alarmismus und seriöser Sicherheitspolitik, und aus diesem Grund stimmen wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin von der ÖVP. Es ist ja immer wieder relativ amüsant, wenn man hier berichtet bekommt, dass man angeblich keine Ahnung hätte vom Außendienst und wie es wirklich abläuft. Glauben Sie mir, ich bin im Außendienst, im exekutiven, und in Folge dessen wahrscheinlich etwas besser informiert als Sie. Der springende Punkt ist aber folgender: Zwischen Plandienststellen, die existieren und Beamten, die auch wirklich draußen sind, gibt es leider Gottes bis zum heutigen Tag große Unterschiede. Es ist gut, dass die Möglichkeit im Rahmen vom öffentlichen Dienst besteht und auch super Bedingungen bestehen, wenn Beamtinnen Mütter werden, Kinder bekommen. Bei den meisten anderen Firmen ist es so, dass Karenzvertretungen existieren. Ist das bei der Polizei so? Nein, der Rest der Kollegenschaft muss beispielsweise diese Stunden miteinarbeiten seit Jahren und Jahrzehnen. Und da reden wir jetzt von einer seriösen Sicherheitspolitik, ist die Rede davon, dass hier ein Pool geschaffen wird bzw. zwei Pools geschaffen werden, einer für die Südsteiermark, einer für die Obersteiermark, um Karenzvertretungen und um

einen gewissen Pool an Beamten zu besitzen, die eben diese Positionen dann weiter übernehmen und diese Stunden so quasi kompensieren. Das alles ist nicht passiert, und dann reden Sie von 100 Polizisten, die ausgemustert werden. Der Großteil davon wird wahrscheinlich nicht in Graz Dienst versehen in Zukunft. Nur weil man ausgemustert wird, heißt das ja nicht, dass es in erster Linie nach Graz geht, die werden auf das gesamte Bundesland verteilt. Und ich verstehe nicht, wo das Problem ist, wenn man hergeht, im Rahmen einer Vorsorge, im Rahmen eines Vorsorgeprinzips hier den Personalstock dementsprechend zu erhöhen. Wir haben das gleiche Problem gehabt in der Vergangenheit auf unterschiedlichen Ebenen. Wir haben das Gesundheitssystem über viele Jahre hinweg eingespart, und dann ist die Pandemie gekommen. In ganz Europa sind die Ausgaben für Verteidigung zurückgefahren worden, jetzt ist der große Aufschrei, man hat eine schlechte Verteidigung und wir haben die Problematik mit Russland und der Ukraine. Alleine schon aus diesem Vorsorgegedanken, aus diesem Vorsorgeprinzip heraus wäre es sinnvoll, hier die Exekutive aufzustocken. Und warum Sie sich hier dagegen sträuben, ist mir ein Rätsel, und das wird auch der normale Bürger, der dadurch einen Sicherheitsgewinn, zumindest einen subjektiven, erlangen würde, warum Sie sich dagegen wehren, ist ein Rätsel und versteht kein normaler Mensch (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GRⁱⁿ Sabine **Wagner**:

Ich möchte nur etwas klarstellen, und zwar über dieser Nichtinformation, die der Kollege offensichtlich hat. Ich möchte nur sagen, ich bin seit 34 Jahren Polizistin und davon habe ich über 20 Jahre Außendienst gemacht. Und ich bin auch jetzt noch im Außendienst im Gegensatz zum Kollegen Winter, der jetzt, ich weiß nicht, ein oder zwei Jahre im Außendienst ist. Und ich habe auch meine Außendienstzeit in Graz versehen und auch an den Hotspots in Graz und ich weiß sehr wohl, wie es in Graz umgeht. Danke (*Appl.*).

KO GR **Ehmann:**

Frau Bürgermeisterstellvertreterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer und lieber Antragsteller, Kollege Winter. Als ich den Text gelesen habe, als ich die Dringlichen zugestellt bekommen habe, muss ich zugeben, habe ich zuerst ernsthaft gemeint, das ist einmal eine gute Sache von der FPÖ, da kommt ein Antrag, Exekutive stärken – 100 weitere Polizei-Plandienststellen für Graz, obwohl wir jetzt gehört haben, dass Planstellen und dienstbarer Stand oft sehr divergierend sind. Weil der dienstbare Stand, das sind die, die tatsächlich hier sind und die Planstellen sind die, die da sein sollten, aber sei einerlei. Aber als ich dann zum Motiventext gekommen bin, habe ich mir dann wieder gedacht: Oje, autsch. Immer das Gleiche. Es gab einen Film 1993, da hat mitgespielt der Bill Murray und die Andie MacDowell, wer sich noch erinnern kann, der hat gelautet: „Und täglich grüßt das Murmeltier“, da ging es darum, dass ein Mann in einer Zeitschleife hängen geblieben ist. Und so kommt mir das bei euch manchmal vor. Das kommt immer wiederkehrend, wenn irgendein Anlass ist, dann kommt wieder, und jetzt brauchen wir 700 und jetzt brauchen wir 500, jetzt brauchen wir 800 und jetzt brauchen wir 100. Wenn ihr aber in der Verantwortung seid und in der Regierung seid wie 2017, wo euer, wie hieß es, bester Innenminister aller Zeiten, Bimaz oder so hat das gelautet damals, glaube, da gab es so einen Running-Gag. Als der zuständig war, da hat es Pferde statt Polizisten gegeben, weil da sind genauso nicht 100 oder 100 Polizistinnen und Polizisten nach Graz gekommen, da denke ich mir, Sie waren damals wahrscheinlich auch schon politisch engagiert, nehme ich an, von einigen anderen weiß ich es. Warum sind sie damals nicht gekommen? Da sind damals schon auch Polizistinnen und Polizisten nach Graz gekommen, oder auch diese Ausmusterung hat es gegeben, und da sind auch welche in Graz geblieben, aber natürlich ist es vielfach auch um Nachbesetzungen gegangen und um Versetzungen gegangen und vieles mehr. Aber das war genauso nicht der Fall, das heißt, es ist der laufende Betrieb gesichert worden, wie es jetzt auch der Fall ist und wie die Lage vom Innenministerium bzw. den zuständigen Stellen im Land oder auch in der Stadt in weiterer Folge eingeschätzt wird. Jetzt gebe ich Ihnen Recht, dass es außerordentliche

Ereignisse gibt und dass man sich auch präventiv damit auseinandersetzen muss, das die Polizei bestimmt, da bin ich mir sicher, dass das die Fachleute, Fachexpertinnen und Fachexperten tun, davon gehen wir aus und dafür werden die ja auch bezahlt. Aber zu sagen, jetzt ist die Ukraine Krise und jetzt war das und jetzt war das und jetzt kommen die Flüchtlinge, nämlich die ukrainischen Flüchtlinge mit diesem Antrag zu verbinden und zu strapazieren, ein paar Hallen weiter, da sind Leute, die geflüchtet sind vor Mord, Tod und Anschlägen und jetzt kommen die hier im Antrag vor, das ist nicht nur Unsinn, das ist beschämend, das sage ich euch echt an dieser Stelle (*Appl.*). Das ist unglaublich, sich hierherzustellen und das damit zu strapazieren, weil ehrlicherweise muss ich sagen, ich verstehe den Grundansatz, den ihr habt, aber, wie gesagt, jedes Mal in dieses Dogma zu verfallen, dieses: Und jetzt machen wir das wegen den Ausländern und jetzt machen wir es wegen den Flüchtlingen. Es war nämlich 2015 auch eine Flüchtlingsbewegung, eine riesengroße, wenn Sie sich erinnern können und 2017 seid ihr in die Regierung gekommen, aber da frage ich mich, was ist denn dann passiert? Was habt ihr denn dann für eine Conclusio daraus gezogen auch im präventiven Sinn, den ihr heute anspricht selbst? Also deswegen haben wir uns gedacht, wir wollen euch trotzdem eine Chance geben und wollen uns wirklich sachlich mit der Sache auseinandersetzen und nicht polemisch und schon gar nicht parteipolitisch und deshalb haben wir diesen Abänderungsantrag gewählt, um endlich zu evidenzbasierten Fakten und nicht zu „glaube ich“, „fühle ich“, „meine ich“, „weiß ich nicht“ zu kommen, sondern „ist“ oder „ist nicht“. Und deshalb haben wir diesen Abänderungsantrag erstellt, den ich hier wie folgt einbringen darf:

Namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stelle ich nachfolgenden

Abänderungsantrag:

Ein urbaner Raum wie Graz mit zudem stetig wachsender Bevölkerung stellt naturgemäß auch für die Exekutive eine große Herausforderung dar. In diesem Sinne wird das Bundesministerium für Inneres ersucht, in Rückkoppelung mit der Grazer Stadtregierung und der Landespolizeidirektion Graz dahingehend eine Überprüfung

durchzuführen, ob der derzeitige Personalstand im Bereich der Exekutive in Graz speziell auch in Hinblick für den exekutiven Außendienst ausreichend ist oder ob es einer Aufstockung der polizeilichen Planstellen bedarf.

Ich bitte um Annahme des Abänderungsantrages.

Und von dieser Stelle allen Polizistinnen und Polizisten sei gedankt, sie machen einen großartigen Dienst und brauchen sich nicht jedes Mal sowas anhören. Danke (Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Abänderungsantrag:

Ein urbaner Raum wie Graz mit zudem stetig wachsender Bevölkerung stellt naturgemäß auch für die Exekutive eine große Herausforderung dar. In diesem Sinne wird das Bundesministerium für Inneres ersucht, in Rückkoppelung mit der Grazer Stadtregierung und der Landespolizeidirektion Graz dahingehend eine Überprüfung durchzuführen, ob der derzeitige Personalstand im Bereich der Exekutive in Graz speziell auch in Hinblick für den exekutiven Außendienst ausreichend ist oder ob es einer Aufstockung der polizeilichen Planstellen bedarf.

GR Dr. **Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, sollte noch jemand zuschauen, willkommen beim Weiterfernsehen. Ich danke dir, Michael Ehmann, du hast, glaube ich, den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch das, was du mit Schleife bezeichnet hast, sind nicht die gleichen Personen. Aber im Jahr 2007, heute habe ich einer Pressemeldung von damals entnommen, hat ein Herr Gerald Grosz gemeint, dass es grauenhaft sei in Graz, 66 Verbrechen würden täglich an Leib und Leben begangen werden und wir brauchen dringend im Kampf gegen diesen Wahnsinn mindestens 200 neue Polizisten. So wiederholen sich die Dinge und die Forderungen. Selbstverständlich

ist zu koinzidieren, dass jede einzelne Körpverletzung, jede körperliche Attacke, jedes Delikt gegen Leib und Leben, an wem und von wem auch immer begangen, eines zu viel ist und dass wir als Stadt Graz das Nötige und Angezeigte zu unternehmen haben, um diese Dinge zu minimieren und um die Menschen in unserer Stadt zu schützen. Das ist die eine Seite, die andere Seite wird uns von Kriminalstatistiken und von Erhebungen über das subjektive Wohlbefinden und Sicherheitsgefühl dieser Stadt erzählt, dabei handelt es sich um sehr erfreuliche und gute Nachrichten. Die einschlägigen Delikte gehen, wie die Statistik Austria seit vielen Jahren erhebt, geradezu dramatisch zurück. Wir hatten, und das ist jetzt die Verurteilungsstatistik, die ist natürlich niedriger als die Statistik über die Taten, aber es ist wohl das gleiche Verhältnis. Der Verurteilungsstatistik können Sie entnehmen, dass in Österreich im Jahr 1990 ca. 31.000, im Jahr 2000 ca. 12.000, 2010 9.000 und 2020 ungefähr 5000 Delikte gegen Leib und Leben zu Verurteilungen geführt haben. Das sind wirklich sehr erfreuliche Zahlen und vor diesem Hintergrund zu behaupten, dass die Sicherheitslage in Graz im Argen liegen würden, halte ich für, sagen wir einmal, ziemlich schneidig jedenfalls. Dazu kommt, dass man sich mehrere Erhebungen anschauen kann, wo nachgefragt wurde, welche Städte in Europa als sicher empfunden werden, und da findet sich Graz in einer erfreulich guten Position, deutlich vor Antwerpen beispielsweise oder Brügge, Bern, Tampere, Bergen usw. Das heißt, der Antrag, der hier gestellt wurde, steht in einem sehr schroffen Widerspruch zu den Fakten. Und wenn Sie, Herr Kollege Winter, davon sprechen, dass ein normaler Bürger ja selbstverständlich dringend noch 100 Polizisten dazu braucht, dann muss ich Sie fragen, was das für ein normaler Bürger ist, wie normal der ist? Das kann nur einer sein, der schlicht und einfach über die Fakten nicht informiert ist. Sie werden daher vielleicht nachvollziehen können, dass ich mit dem Antrag des Herrn Kollegen Winter überhaupt nichts anfangen kann, weil ich nicht weiß, was die Begründung dafür ist und wo er das hernimmt, dass wir das brauchen, was er hier fordert. Wir werden dem Abänderungsantrag der SPÖ aber gerne zustimmen. Ich danke Ihnen (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, es heißt ja, die Rache der Journalisten ist immer das Archiv. Ich bin jetzt zwar kein Journalist, aber ich habe auch ein Archiv, und wenn sich jetzt gerade die Vertreter von SPÖ und Grünen als die Sicherheitssprecher und die Sicherheitsexperten und Polizeiexperten aufspielen, dann ist das ein bisschen verwunderlich. Ich möchte an etwas erinnern, weil der Kollege Ehmann hat den Bundesminister a. D. Kickl ins Treffen geführt, der ist scharf kritisiert worden für eine Maßnahme, von der SPÖ, für die Bereitstellung von Sturmgewehren für jede Funkstreife. Da hat die SPÖ 2018 dann gesagt, es findet eine Militarisierung der Polizei statt – ja, etwas ganz Schlimmes, ganz Tragisches. Wir haben dann die Grünen gehabt in Wien, mit der Frau Hebein, die ja gesagt hat, die Polizei, die sollte man am besten entwaffnen. Und dann haben wir leider einen Terroranschlag in Wien gehabt, wo auch die Polizei sagt, wir konnten so schnell reagieren aufgrund ein paar glücklicher Umstände, weil an diesem Abend erhöhter Personalbedarf war wegen einer bevorstehenden Razzia gegen die Islamistenszene, aber auch weil es in jedem Funkwagen in Wien bereits ein Sturmgewehr gab. Und ich weiß ja wie das ist, Sturmgewehr böse, aber ich bin froh, wenn die Polizei das im Auto hat, weil in solchen Fällen kann man dann reagieren. Und eines, Kollege Ehmann, muss man auch sagen, Kickl hatte nur zwei Jahre Zeit, da hat er etwas Sinnvolles umgesetzt. Und die Fehler, dass jetzt zu wenig Polizei im Einsatz ist in Graz, überall meiner Meinung nach, das sind ja keine Fehler, die ab 2017 entstanden sind und die sind auch nicht 2015 oder 2010 entstanden, das ist eine ganz, ganz lange Entwicklung. Und worauf baue ich dieses Wissen? Ich komme nicht aus der Polizei, ich habe mit denen wenig zu tun, aber wir besuchen sie regelmäßig, zuletzt am Silvestertag haben wir alle Polizeidienststellen in Graz besucht und da haben wir uns genau angehört, was die Polizei uns sagt, und dann rechnen einem die Kommandanten auch vor: Wie viele Polizisten gibt es am Papier und wie viele gibt es wirklich? Und das hat jetzt nichts mit irgendwelchen Fantasien zu tun, Gewaltfantasien oder dass man sich etwas einbildet, es ist einfach so. Das ist das gute Recht einer jungen Frau, eine Familie zu gründen, dann kann sie keinen Dienst versehen, damit wird jeder auch einverstanden sein. Und da haben wir dann aber das

Problem und das ist vor vielen, vielen Jahren entstanden, da kann die SPÖ jetzt auch nichts dafür, ist schon lange her, dass sie den Innenminister gestellt hat. Das ist ein Problem, das wir viele Jahre lang hatten und da hat der Kollege Winter das sehr richtig skizziert, das haben wir in vielen Bereichen gehabt, auch beim Bundesheer. Heute habe ich gelesen, die Tanner, die vor zwei oder drei Jahren gesagt hat, die militärische Landesverteidigung ist eigentlich gar nicht die Aufgabe vom Bundesheer, heute will sie aufrüsten, Luftabwehrsysteme will sie kaufen, die neue Bedrohung sind jetzt plötzlich Raketen. Also da sieht man die schwankenden Meinungen von der ÖVP, die auch in diesem Bereich für viel Übel verantwortlich ist. Das nur zur Klarstellung (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (20.27 Uhr).

**10.7 Schwerpunktinitiative der Stadt Graz für die Konzeptionierung
bewusstseins-schaffender Maßnahmen für die Berufsauswahl im
Regelschulbetrieb
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Stadtregierung, lieber verbleibender Gemeinderat und auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer, die uns noch im Livestream treu geblieben sind. Ich starte mit einem Schlagwort „Fachkräftemangel“. Ich glaube, wir sind uns alle gemeinsam bewusst, dass das ein Thema ist, das passiert, das eine Dringlichkeit hat und dementsprechend auch in voller Konsequenz angegangen werden muss. Ich unterlege es einmal mit ein paar Zahlen. Das Wirtschaftsbarometer der Wirtschaftskammer hat eh klar gezeigt, dass 81,3 % der Befragten den Fach- und Arbeitskräftemangel als größte Herausforderung sehen und selbst gestern im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus ist klar

herausgekommen, dass Fachkräftemangel zu wenig ist, nein, es ist ein Arbeitskräftemangel. Bewusstseinsbildung möglichst früh schon kann hier eine langfristige Strategie sein, die es dringlich braucht, um Perspektiven in diesem Bereich zu schaffen und vor allen Dingen, um diese Perspektiven für alle gleichermaßen zu schaffen, Chancengleichheit herzustellen bzw. geschlechterspezifische Unterschiede endlich auszumerzen, je früher wir damit anfangen, auch je früher wir in der Bildungshistorie anfangen desto besser. Wenn man z.B. die zehn häufigsten Lehrberufe aus dem Jahr 2021 hernimmt, wird man erkennen, dass lediglich 7,77 % der weiblichen Lehrlinge einen Beruf in diesen klassischen technischen Berufen angegangen sind, bei den männlichen hingegen reden wir von 92,7 % der Lehrlinge. Und wenn man sich bei den Männern und jungen Burschen dann die zehn Topberufe anschaut, dann findet man lediglich zwei, die in Branchen sind, die hauptsächlich von Frauen und jungen Mädchen sonst gewählt werden, die Auswirkungen dieser ganzen Statistik, der Fachkräftemangel, der da einhergeht, ist, glaube ich, allen klar. Ich meine, das Wirtschaftsbarometer hat nämlich auch gezeigt, dass sogar über 53 % der Unternehmen von Umsatzeinbußen deswegen reden, deswegen braucht es rasch Maßnahmen. Aber es braucht auch rasch nachhaltige Konzepte, eben wie eine Schwerpunktinitiative von der Stadt Graz für die Konzeptionierung bewusstseins-schaffender Maßnahmen zur Berufswahl im Regelschulbetrieb, und deswegen bitte ich jetzt um eine breite Zustimmung zur Dringlichkeit. Dankeschön (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Ich möchte es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz machen und nur ganz kurz erklären, wir haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt, weil aus unserer Sicht schon sehr viele Maßnahmen gesetzt werden und wurden, sodass wir glauben, dass bereits einiges auf einem guten Weg ist. Ich möchte hier nur einige Dinge erwähnen wie das

Leitbild für die städtische Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen, die auch auf die Orientierungen gelebter Inklusion referieren, auf den Bildungsrahmenplan und auf die Berufsorientierung, die an Schulen und auch im Lehrlingsbereich mit zahlreichen Projekten vertreten sind, wie z.B. dem Projekt FIT der TU Graz, FEM IN TECH, dem Tech for Girl vom AMS und Mafalda, Open MINT und Girls Day, nur um einige zu nennen. Ich möchte auch darauf verweisen, dass die Wirtschaftsabteilung für den April einen Runden Tisch, einen Workshop, zum Thema Fachkräftemangel geplant hat und auch Ideen zur Lehrlingsförderung, Maßnahmen von Stakeholdern gegen Fachkräftemangel andenkt bzw. schon in Umsetzung hat. Dies nur ganz kurz zur Erklärung, warum wir diesem Dringlichen nicht zugestimmt haben. Eine Information, ich nehme an, dass das Leute, die schon länger im Gemeinderat sind, durchaus wissen, dass nämlich der Geschäftsbereich Jugendbeschäftigung bereits vor vielen Jahren aus der Zuständigkeit der Wirtschaftsabteilung genommen und in den Bereich Arbeit und Beschäftigung im Sozialamt übersiedelt worden ist, das war unter der Zuständigkeit Rüschi und Schröck in der damaligen Regierung und damit ist es aus der Geschäftseinteilung der Wirtschaftsabteilung gefallen. Das ist etwas, das man vielleicht auch bedenken sollte, da geht es ja letztendlich auch um ein Projektbudget. Ich möchte aus diesem Grund einen Abänderungsantrag einbringen, auch deshalb, weil wir glauben, dass, wenn es um das Thema Mädchen und Frauen geht, selbstverständlich auch die Frauen, Verantwortliche in der Regierung und auch die Abteilung, die sich um diese Agenden kümmert, maßgeblich beteiligt sein sollten. Außerdem ist im Antragstext ein Teil für uns etwas schwierig, denn es soll ja dem Gemeinderat bis Juni ein entsprechendes Konzept vorgelegt werden und ein Pilotprojekt im September, das ist ein relativ kurzer Zeitrahmen. Aus diesem Grund möchten wir diesen Passus bitte gerne streichen und auf einen späteren Zeitpunkt verlegen, damit es einfach eine ordentliche und fundierte Ausarbeitung ermöglicht. Ich darf deswegen folgenden

Abänderungsantrag

stellen:

Die Abteilungen für Bildung und Integration, das Amt für Jugend und Familie, die Wirtschaftsabteilung und das Referat für Arbeit und Beschäftigung im Sozialamt werden unter Koordination des Frauenreferats im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Gleichstellung, Frauen, LGBTQI+ und Menschenrechte, Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, dem Arbeitsmarktservice, der KOST sowie weiterer relevanter Stakeholder ein nachhaltiges Konzept zu erstellen, das konkrete Handlungsanleitungen und die dazugehörigen Maßnahmen beinhaltet und das Pädagog:innen in ihrer Arbeit anwenden können. Dabei sollen für die jeweiligen Schulstufen, beginnend schon in den elementarpädagogischen Einrichtungen, Angebote geschaffen werden. Der Fokus soll hierbei im ersten Schritt auf das Aufbrechen von Stereotypen bei der Berufswahl liegen.

Dem Gemeinderat ist bis Juni ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Eine konkrete Pilotphase erfolgt später. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Abänderungsantrag

Die Abteilungen für Bildung und Integration, das Amt für Jugend und Familie, die Wirtschaftsabteilung und das Referat für Arbeit und Beschäftigung im Sozialamt werden unter Koordination des Frauenreferats im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Gleichstellung, Frauen, LGBTQI+ und Menschenrechte, Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, dem Arbeitsmarktservice, der KOST sowie weiterer relevanter Stakeholder ein nachhaltiges Konzept zu erstellen, das konkrete Handlungsanleitungen und die dazugehörigen Maßnahmen beinhaltet und das

Pädagog:innen in ihrer Arbeit anwenden können. Dabei sollen für die jeweiligen Schulstufen, beginnend schon in den elementarpädagogischen Einrichtungen, Angebote geschaffen werden. Der Fokus soll hierbei im ersten Schritt auf das Aufbrechen von Stereotypen bei der Berufswahl liegen.

Dem Gemeinderat ist bis Juni d.J. ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

In aller Kürze versuche ich jetzt einmal die Idee hinter dem Ganzen auch inhaltlich darzulegen. Was meine ich mit langfristiger Strategie? Ich bitte alle, sich einmal gedanklich einen Werkzeugkoffer der Möglichkeiten vorzustellen. Wieso ein Werkzeugkoffer? Es ist ein gutes Beispiel, wie den öffnet man und dann hat man die Sachen drinnen, die man braucht. In dem Werkzeugkoffer sollen Strategien, Workshopreihen, ausgearbeitete pädagogische Konzepte und, und, und, da möchte ich auch nicht zu viel vorgreifen oder vorgeben, für unterschiedliche Stufen im Regelschulbetrieb, sprich Kindergarten, Volksschule, Mittelschule. Wieso Kindergarten? Weil es nie, und wirklich nie, früh genug ist, um mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen zu starten. Für wen sollen diese Maßnahmen sein? In erster Linie für junge Mädchen und Frauen, damit die sich irgendwann auch ermutigt genug fühlen, mit 14-15, wenn sie dann vor der Entscheidung stehen, einen Lehrberuf zu wählen, auch in einen technischen Beruf gehen können, weil wenn ich denen das mit 14 erkläre, bin ich viel zu spät. Es braucht aber auch das Bewusstsein der jungen Burschen und Männer, damit auch die sich Berufe aussuchen, die nicht ihrem Rollenverständnis, das halt leider meistens vorherrscht, entsprechen. Und ganz wichtig, es braucht die Miteinbeziehung der Erziehungsberechtigten, denn die haben einen eklatanten Einflussfaktor, und wenn wir die nicht mit an Bord holen, sind alle anderen Bemühungen großteils eh umsonst. Ich möchte jetzt nur noch kurz einhergehen, wieso ich mir das auch so selbstbewusst sagen traue. Nur ich bedanke mich für die Auflistung der unterschiedlichsten Maßnahmen, ich bin bei den meisten

irgendwie als Role-Model dabei, weil ich bin seit Jahrzehnten Technikerin und ich weiß genau, was wann wo funktioniert und was mir geholfen hätte, im Jahr 1999 diesen wirklich mutigen Schritt damals zu ergreifen, weil da war weitaus noch kein einziges Role-Model zu finden, das mir irgendwie da den Rücken gestärkt hätte. Und wieso ich dem Abänderungsantrag irgendwie gar nicht folgen kann oder mitstimmen kann, hat einen ganz einfachen Grund: Hören wir bitte auf, ständig das Thema Frauen und Labeling von Frauen, Frauen in die Technik, in die Frauenecke zu schieben. Frauen, ermutigt euch selbst, Frauen arbeitet euch selbst die Konzepte auf, nein, nehmen wir es als was es ist, eine langfristige Strategie, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und nicht eine weitere Initiative, die uns erklärt, wie wir uns kümmern müssen, dass wir weiterkommen (*Appl.*).

Und genau deswegen gehört das in die Ecke der Wirtschaft und der Bildung und nicht ins Frauenreferat. Weil es geht darum, für die Wirtschaft Fachkräfte zu finden, es geht darum, in unserem Bildungssystem Möglichkeiten zu schaffen und ja, auch als Schulerhalter kann ich Angebote schaffen, ich muss nicht unbedingt ins Bildungskonzept eingreifen, aber ich kann meinen Werkzeugkoffer zur Verfügung stellen und den Pädagoginnen und Pädagogen, den Betreuerinnen und Betreuern die Möglichkeit geben, fertige Konzepte herzunehmen. Weil das von ihnen auch noch zu verlangen und dieses gesellschaftspolitische Thema aufzugreifen, ich meine, die sind eh schon überlastet, wie wir gehört haben, da wäre der Schritt zu weit. Deswegen können wir dem Abänderer nicht folgen, das gehört endlich als das gesehen, was es ist, eine Strategie gegen den Fachkräftemangel, raus aus der Gender-Frauenecke und deswegen werden wir dem Abänderer nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Das Wirtschaftsbarometer der WKÖ zeigte im Herbst ein klares Bild. 81,3 % der Befragten gaben an, dass der Fachkräftemangel die wohl größte Herausforderung in nächster Zeit darstellt. Bewusstseinsbildung für mögliche berufliche Chancen losgelöst von der geschlechterspezifischen Zuschreibung bzw. das Schaffen von möglichen

Perspektiven in den vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen für alle gleichermaßen, muss daher schon früh in der Bildungslaufbahn ansetzen. Bewertet man die zehn häufigsten Lehrberufe im Jahr 2021, so erkennt man, dass sich nur 7,77 % der jungen weiblichen Lehrlinge für einen technischen Lehrberuf entscheiden. Bei den männlichen Lehrlingen entscheiden sich dagegen 92,7 % für eine Lehre in einer technischen Branche. Betrachtet man die Entscheidungen von männlichen Lehrlingen im Allgemeinen, findet man unter den zehn häufigsten Lehrberufen lediglich zwei, die in Branchen mit hohem Anteil von weiblichen Lehrlingen angesiedelt sind. Der Fachkräftemangel hat viele Auswirkungen wie etwa Überstunden für die bestehende Belegschaft oder Arbeitsaufträge, die nicht angenommen werden können. Das Wirtschaftsbarometer vom Herbst zeigt sogar auf, dass es dadurch bei rund 53,2 % der betroffenen Unternehmen zu Umsatzeinbußen gekommen ist. Es braucht daher rasche arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, um der Personalknappheit entgegenzuwirken und dieses bisher nicht genutzte Potential auszuschöpfen. Dringend braucht es aber auch langfristige Strategien, wie wir die Berufswahl von jungen Menschen erleichtern können und Perspektiven schaffen. Diese dürfen jedoch nicht erst im letzten Moment ansetzen, wenn der Berufswunsch schon meist definiert ist. Hierfür müssen schon früher Schritte gesetzt werden: Ab der frühesten Elementarpädagogik mit Konzepten für Pädagog:innen, um überholte Klischees aufzubrechen und neue Rollenbilder zu schaffen; des Weiteren im Regelschulbetrieb, bevor die Entscheidung getroffen wird – zum Beispiel mit Angeboten zu Workshopreihen, Informations- und Kennenlernprogrammen. Und all dies ganz gezielt in Richtung von drei Fokusgruppen:

- Es müssen junge Frauen und Mädchen direkt angesprochen werden, damit sie eine Lehre in einer Branche mit niedrigem Frauenanteil überhaupt in Erwägung ziehen.*
- Zusätzlich muss man jungen Männern und Burschen die Möglichkeit geben, Berufsgruppen kennen zu lernen, die in der derzeitigen Auswahl eher nachrangig sind.*

- *Als weiterer Schwerpunkt gilt es, vorweg die Eltern/die Erziehungsberechtigten über die vielfältigen Chancen für Mädchen und Frauen im MINT-Bereich informieren. Auch braucht es das Gegenstück dazu – eben die Bewusstseinschaffung für einen Bildungsweg außerhalb der stereotypen Branchen, um bereits hier – soweit erforderlich – für ein Aufbrechen tradierter Rollenklischees zu werben. Denn diese Gruppe hat einen enormen Einfluss auf die Entscheidung ihrer Kinder.*

Bewusstseinsbildung für mögliche berufliche Wege und das einhergehende Aufbrechen von Rollenklischees ab der Elementarpädagogik hat somit nicht nur gesellschaftspolitische Bedeutung, es ist auch eine konkrete Strategie, dem Fachkräftemangel mittels spezifischer Förderung entgegenzuwirken, um die eigene Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und sich gleichzeitig als attraktive:r Arbeitgeber:in zu positionieren. Somit profitieren beide Seiten. Denn für junge Frauen und Mädchen ist eine Lehre in einer Branche mit niedrigem Frauenanteil mit vielen Vorteilen verbunden. Ebenso ist es wichtig, jungen Männern und Burschen ein breiteres Spektrum vor Augen zu führen. In diesem Sinne wäre es daher zielführend, wenn auch seitens der Stadt Graz verstärkt Schritte gesetzt würden, Mädchen und junge Frauen für den MINT-Bereich zu gewinnen; konkret gefordert sind in diesem Zusammenhang speziell Wirtschaftsstadtrat Dr. Günther Riegler und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner mit den ihnen zugeordneten Abteilungen, in dieser Frage gemeinsam mit den entscheidenden Stakeholdern – z.B. AMS, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer – Chancen und Möglichkeiten, mögliche Stoßrichtungen und Initiativen für ein konzertiertes Vorgehen abzuklären, um dann entsprechende Maßnahmen zu setzen. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen in der Stadt Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung, Sport, Jugend und Familie,

Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, dem Arbeitsmarktservice, der KOST sowie weiterer relevanter Stakeholder ein nachhaltiges Konzept zu erstellen, das konkrete Handlungsanleitungen und die dazugehörigen Maßnahmen beinhaltet und das Pädagog:innen in ihrer Arbeit anwenden können. Dabei sollen für die jeweiligen Schulstufen, beginnend schon in den elementarpädagogischen Einrichtungen, Angebote geschaffen werden. Der Fokus soll hierbei im ersten Schritt auf das Aufbrechen von Stereotypen bei der Berufswahl liegen. Dem Gemeinderat ist bis Juni ein entsprechendes Konzept vorzulegen, mit dem mit Beginn des Herbstsemesters 2022 eine Pilotphase gestartet werden könnte.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

10.8 Hilfe für die Seele: psychologische Betreuung von Kriegsflüchtlingen (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner:**

Werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, darf ich vielleicht eine Bitte voranstellen, vielleicht machen wir nächstes Mal wirklich wieder die Dringlichen nach vier Stunden. Ich bin zwar neu, aber es hat vielleicht schon einen Sinn auch für die Konzentration dann zur Dringlichkeit. Ich glaube nämlich, ich sage es jetzt ein bisschen eigennützig, ich glaube, dass das wirklich ein wichtiges Thema ist. Es ist erweiternd zu den Maßnahmen, die sowieso heute schon beschlossen worden sind und für die, wo ja alles gut ist. Aber ich muss jetzt schon darauf hinweisen, dass wir jetzt längerfristig auch denken müssen, denn, Sie haben es mitbekommen, Mariupol existiert de facto nicht mehr, und es sind in der Ukraine mittlerweile bestätigterweise mehr als 50 % der Kinder vertrieben und auf der Flucht. Und was das, was diese Kinder

und diese Frauen und diese Menschen in diesen Städten, die jetzt zerbombt werden, erleben, das Maß an Traumatisierung, das wird nicht bei einer Erstankunftsbetreuung wegzuthérapieren sein, und genau dahin geht mein dringlicher Antrag. Denn diese Traumata, der Verlust des sozialen Umfelds, Verlust von Kontrolle und Zugang zu Ressourcen wie Bildung und Ausbildung, dadurch erhöhte Verwundbarkeit im Fluchtland, Perspektivlosigkeit, usw., Aussetzung sexualisierter Gewalt, geschlechtsspezifischer Gewalt für Frauen, wir haben ja das Menschenhandelsthema schon. Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass in Flucht- und Konfliktsituationen mindestens jede fünfte Person an einer psychischen Erkrankung leidet, nachhaltig. Wir haben hier tolle NGOs, Vereine wie das Rote Kreuz, Caritas, die die Erstversorgung machen, aber dann eben auch Omega und Zebra, auf die ich hinweisen möchte und die sollten wir bitte unterstützen. Es gerät durch diese Kriegserfahrung jedes innere Fundament ins Wanken und da müssen wir einhaken, wir müssen jetzt darauf schauen, dass Dolmetscher ausgebildet werden, damit wir den Kindern und den Frauen und überhaupt allen Flüchtlingen, die zu uns kommen, nachhaltige Hilfe anbieten können und nachhaltige psychologische Hilfe, weil Integration für Kinder in ein Schulalter wird nur möglich sein, wenn die Traumata behandelt werden. Das Gleiche gilt für Frauen, die bei uns im Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen. Wir müssen ihnen nachhaltig bei der Traumabewältigung helfen und ihnen professionelle Betreuung zur Verfügung stellen. Und daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine langfristige und kostenfreie psychologische Betreuung für Kriegsflüchtlinge gemäß Motivenbericht sichergestellt werden kann. Dem Gemeinderat ist in seiner nächsten Sitzung auf Basis dieser Prüfung ein Bericht vorzulegen, in welcher Form das geschehen kann. Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine hat dramatische Folgen für die Zivilbevölkerung. Seit der russischen Invasion am 24. Februar 2022 werden ukrainische Städte bombardiert und die zivile Infrastruktur zerstört. Es werden zahlreiche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gemeldet – tausende Zivilist:innen sind bereits gestorben. Millionen Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um sich in den Nachbarländern in Sicherheit zu bringen. Die Versorgung und Unterbringung von all diesen Menschen bringt erhebliche logistische, finanzielle und institutionelle Herausforderungen mit sich. Die Stadt Graz hat schnell reagiert und bereits einen Tag nach Ausbruch des Krieges ein Soforthilfepaket im Grazer Stadtsenat einstimmig beschlossen. Neben zahlreichen Solidaritätsbekundungen ist zudem eine spürbare Welle der Hilfsbereitschaft durch unsere Stadt gegangen. Mit der Willkommensschule und dem Ankunftszentrum in der Messe Graz wurden weitere wichtige und richtige Schritte gesetzt.

„Ein großes DANKE an die vielen engagierten Menschen in unserer Stadt für ihre Hilfsbereitschaft!“

Nach wie vor ist kein Ende des Konflikts in Sicht und das Ausmaß der humanitären Krise wird von Tag zu Tag deutlicher sichtbar. Die Nachbarländer der Ukraine sind bereits am Rande ihrer Möglichkeiten angelangt bzw. sind ihre Aufnahmekapazitäten zum Teil schon überlastet. In Österreich – und so auch in Graz – besteht noch keine Gefahr der Überlastung, doch wurden alleine im Ankunftszentrum der Stadt Graz in der ersten Woche 1.522 Flüchtlinge registriert.¹ Die logistischen, finanziellen und institutionellen Herausforderungen des Flüchtlingsstromes sind aber nur eine Seite, die es zu betrachten gilt, denn Krieg bringt immer auch unbeschreibliches menschliches Leid mit sich. Krieg verursacht bei vielen betroffenen Menschen eine Krise der psychischen

¹ <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/6115516/Steiermark-Bisher-1500-ukrainische-Fluechtlinge-in-Grundversorgung>

Gesundheit. Das ist unbestritten. Menschen in Krisen müssen oft Erfahrungen verarbeiten, die weitreichende und dauerhafte emotionale, psychische und soziale Auswirkungen haben können. Durch den Verlust des sozialen Umfelds und von Arbeit und Ausbildung geht vermehrt Armut, erhöhte Verwundbarkeit und Perspektivlosigkeit einher. Krisen bergen auch die Gefahr, dass Spannungen und Konflikte zunehmen und das Risiko sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt steigt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass in Flucht- und Konfliktsituationen jede fünfte Person an einer psychischen Erkrankung leidet.²

In Graz, wie auch in vielen anderen, für die Aufnahme von Flüchtlingen geschaffenen Einrichtungen, werden alle ankommenden Flüchtlinge selbstverständlich mit dem Lebensnotwendigen versorgt. Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz und die Caritas achten auf eine gute medizinische und psychologische Versorgung der ankommenden und zum Teil schwer traumatisierten Flüchtlinge. Neben dem psychosozialen Hilfsangebot im Ankunftszentrum, können sich Betroffene bei Bedarf auch an Vereine wie Omega und Zebra wenden.³ Durch Kriegserfahrungen gerät jegliches innere Fundament ins Wanken. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das eigene Leben und in weiterer Folge auf die Gesellschaft. Daher liegt es in unserer Verantwortung – als Stadt Graz, die sich mit dem ukrainischen Volk solidarisch zeigt und Hilfe leistet – sich auch mit dieser Seite des Krieges zu befassen und neben unmittelbarer Hilfe auch langfristig und kostenfrei jeder und jedem geflüchteten Ukrainer:in die notwendige Hilfe für ihre und seine Seele zukommen zu lassen. Damit kann die Stadt Graz gewährleisten, dass Kriegsflüchtlinge nachhaltige psychologische Betreuung auch NACH dem Erstkontakt im Ankunftszentrum in Anspruch nehmen können. Ein entsprechendes Angebot soll allen Kriegsflüchtlingen mit Schutzstatus gemäß EU-Richtlinie 2001/55/EG, die in der Stadt Graz gemeldet wurden bzw. werden, offen stehen. Dazu müssen jetzt die notwendigen Maßnahmen getroffen und bereits aktive

² <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/flucht/mhpss>

³ [https://www.graz.at/cms/beitrag/10387104/8106444/Aktuelle Informationen zur Ukraine.html](https://www.graz.at/cms/beitrag/10387104/8106444/Aktuelle%20Informationen%20zur%20Ukraine.html)

Hilfsorganisationen bestmöglich unterstützt werden – denn diese wissen am besten, wo die Ressourcen knapp sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssen Sprachbarrieren abgebaut und Wartezeiten verkürzt werden. Schwer traumatisierte Frauen und Kinder, die ihre Männer und Väter in der Ukraine zurücklassen mussten, können nicht wochenlang auf einen Termin warten, während gleichzeitig Dolmetscher erst ausgebildet werden müssen. Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf die Europäische Union und ihre Werte. Diesen Werten sind wir als Europäer:innen tief verbunden, denn am Ende des Tages soll jede und jeder ihre bzw. seine persönlichen Ziele aus eigener Kraft verwirklichen können. Das kann aber nur gelingen, indem man frei von seelischen Zwängen und Belastungen leben kann. Um den vielen Kriegsflüchtlingen, die im vergangenen Monat bereits nach Graz gekommen sind bzw. die in den kommenden Monaten noch nach Graz kommen werden, eine langfristige und kostenfreie psychologische Betreuung anbieten zu können, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine langfristige und kostenfreie psychologische Betreuung für Kriegsflüchtlinge gemäß Motivenbericht sichergestellt werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu informieren.

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Teilnehmende im Livestream, geschätzter Antragsteller. Vielen Dank für diesen wichtigen Antrag. Zu später Stunde soll er nicht zu wenig Wertschätzung erfahren. Wir als ÖVP-Fraktion haben uns wirklich gefreut darüber. Er ist würdig der Menschenrechtsstadt Graz. Dieser umfassende Schutz der Gesundheit der Menschen steht ja auch in der UN-Menschenrechtskonvention, und die WHO hat das auch klar

definiert, es geht nicht nur um körperliche, sondern auch um psychische und seelische Gesundheit, die jedenfalls zu gewährleisten ist, da ist der massive Einsatz professioneller Hilfe unabdingbar. Ich durfte auch mit Professor Lehofer darüber sprechen, ein bekannter Psychiater und Leiter der entsprechenden Abteilung auch im LSF. Dringend ist hier nachzubessern, aber auch nicht zu unterschätzen, was schon passiert, ich nenne den österreichischen Integrationsfonds, der in Graz sehr aktiv ist, und auch was Bildungsmöglichkeiten betrifft natürlich, wir haben heute schon darüber gesprochen: Welcome-Klassen. Es passiert viel und ich möchte nicht unerwähnt lassen, was auch viele Familien in Graz leisten, die sehr gastfreundlich sind, sehr offen sind. Nur ein kleines Beispiel, unser langjähriger Gemeinderatskollege Gerhard Spath hat im Nachbarhaus eine Wohnung gefunden für eine ukrainische Familie mit zwei Kindern, Mutter und Oma, sofort den Buben mit Fußballgewand eingekleidet und im Fußballverein untergebracht. Organisiert jetzt, die Frau ist nämlich auch Deutschlehrerin gewesen in der Ukraine, dass sie möglichst schnell dank Stadtrat Hohensinner da auch eine Stelle bekommen wird, und es gibt viele, viele Initiativen, wo Personen der Stadt, wo Familien wirklich sehr, sehr offen und herzlich zugehen, ob es in den Pfarren ist, ob es in den Vereinen ist, also jeder Einzelne kann da etwas beitragen. Das persönliche Engagement, das Willkommenheißen, aber unabdingbar ist auch die professionelle Hilfe, deshalb vielen Dank für diesen Antrag, dem wir gerne in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen werden (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörer:innen im Livestream, lieber Antragsteller. Guter Antrag, sehr guter Antrag sogar, weil die psychologische Betreuung von Kriegsflüchtlingen mit derartig traumatisierten Menschen ist genauso wichtig, wie die medizinische Versorgung ist die seelische Gesundheit auch sehr, sehr wichtig und natürlich braucht es hier einiges. Vorausschickend darf ich aber schon festhalten auch an dieser Stelle, dass da Bund, Land als auch die Stadt Graz sehr viel schon in diesem

Zusammenhang machen. Und das wurde heute schon zum Teil vorgestellt von der Bürgermeisterin. Ich freue mich sehr darüber, dass hier wirklich zusammengegriffen wird und dass hier angepackt wird, um hier die bestmögliche Unterstützungsleistung zu liefern, z.B. das Kriseninterventionsteam des Landes unterstützt die Teams der Flüchtlingshilfe. Der Berufsverband der österreichischen Psycholog:innen hat hierzu ein neues Informationsblatt entwickelt, das relativ niederschwellig angewandt werden kann, was zu tun ist, wie zu unterstützen ist jetzt in der ersten Situation. Und für Hilfesuchende die Helpline des Berufsverbandes österreichischer Psycholog:innen, wo man sich wirklich anonym telefonisch als auch per Mail, und auch kostenlos vor allem, hinwenden kann, um Rat und Unterstützung zu bekommen. Und ich glaube, das ist sehr wichtig, dein Antrag geht genau in diese Richtung, diesen auszubauen, das noch weiter zu unterstützen und zu vertiefen, die Kooperation noch zu verbessern, sehe ich total als sinnvoll an, also wir werden auf jeden Fall der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Werter Gemeinderat, lieber Antragsteller. Vielen Dank für diesen wichtigen Antrag, für das Blickhinrichten auf diese wichtige Thematik und vielen Dank auch an Michael Ehmann, der ja schon vieles gesagt hat auch zu dem, was es dazu gibt. Ich darf gleichzeitig als Stadtrat sowohl für Gesundheit als auch für Integration sagen, dass wir da natürlich auch im laufenden Austausch mit den Einrichtungen stehen, insbesondere natürlich Zebra und Omega, dass wir hier auch schon unsere Hilfe ergänzend zu dem, was eben auch von Landesseite schon organisiert ist, angeboten haben. Dieses Angebot steht natürlich weiterhin und wo immer sich Notwendigkeiten auftun, sind wir gerne bereit, sowohl vom Gesundheitsamt als auch vom Integrationsreferat der Stadt Graz, hier unterstützend tätig zu sein. Danke für den Antrag, und ich darf für die KPÖ auch sagen, dass wir selbstverständlich sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen werden. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher:innen im Livestream, die noch da sind, werter Stadtsenat, auch ich darf mich sehr herzlich für diesen wirklich wunderbaren Antrag bedanken, der eine ganze Reihe von unendlich wichtigen Themen aufgreift, die wir leider erst jetzt besprechen anlässlich dieser mehr als tragischen Situation in der Ukraine und der Geflüchteten, die hierherkommen. Ich habe ja eine Zeit lang in einem Quartier für unbegleitete minderjährige Kriegsflüchtlinge gearbeitet und da war die Traumabewältigung eines unserer zentralsten Arbeitsanteile. Ich bin sehr, sehr froh, dass Sie in Ihrem Antrag auch ganz bewusst die Erwachsenen mitnehmen, weil was wir immer als sehr dramatisch, als tragisch, als erschütternd wahrgenommen haben, war, dass wenn jemand 18 wird, er aus vielen dieser Angebote ausgenommen war, die notwendig sind, um als Mensch über die Runden zu kommen. Wenn man ein Kriegstrauma hat, dann kann man da nicht einfach hackeln gehen, als wäre nichts. Diese Traumatherapie ist überlebensnotwendig, und die Leute haben allzu oft aufgrund mangelnden Angebotes oder mangelnder Finanzierung, kaum, wenn sie 18 werden, den Anspruch verloren und standen dann da quasi unbetreut, schwer traumatisiert. Ich bin sehr froh, dass Sie auch Erwachsene da mitberücksichtigten, denn Menschenrechte gelten für Erwachsene selbstverständlich genauso. Und da bin ich auch sehr, sehr froh, dass die Kollegin Potzinger sich so positiv hierzu geäußert hat, vielleicht können Sie auch innerhalb Ihrer Partei darauf einwirken, dass hier in anderen Ebenen für einen Ausbau dieser Strukturen sich eingesetzt wird. Weil, das wissen wir ja alle, die Finanzierung dieser Betreuungen läuft zu einem großen Teil halt nicht über die Kommunen. Wir wollen unseren Teil beitragen und die Frau Bürgermeisterin hat vorhin auch schon richtig gesagt, wir werden auch noch mehr tun müssen, obwohl wir uns jetzt bemühen. Es wird noch mehr zu tun geben, nichts anderen haben diese Menschen, die flüchten, verdient. Aber es braucht auch Änderungen auf höheren politischen Ebenen, wo eben hier eine starke Betreuung für alle Geflüchteten sichergestellt wird. Und die Sache ist die, ich freue mich sehr, dass die ÖVP jetzt dann im Ukrainekrieg einen so menschlichen Zugang hat, aber seien wir uns ehrlich, der war nicht immer so, nicht in Syrien, nicht in Afghanistan. Als ich damals in der Einrichtung

gearbeitet habe, waren das hauptsächlich Afghanen, und diese Betreuung muss für alle Leute, die vor Krieg flüchten und traumatisiert sind, sichergestellt und ausfinanziert werden, weil sonst können sie nicht würdig leben, wie sie es verdient haben. Danke, Herr Pointner, wir werden selbstverständlich zustimmen (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ich möchte es ganz kurz halten. Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für die sehr breite Zustimmung. Ich hoffe, ich habe meine Wertschätzung gegenüber dem, was schon getan wird, genug deutlich gemacht, das hoffe ich sehr. Ich möchte da wirklich keine Form von Kritik an dem, was bisher geschehen ist, äußern und bin froh, dass wir den Menschen dadurch sicher in Graz eine gute Perspektive werden geben können. Dankeschön (*Appl.*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10.9 Whistleblower-Plattform der Stadt Graz (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Gäste zuhause noch im Livestream. Der letzte dringliche Antrag, der widmet sich wieder dem Thema Transparenz. Die Stadtkoalition setzt ja sehr auf transparente Vorgänge, das haben wir heute auch beweisen können durch den Beschluss der Objektivierungsrichtlinien. Und die Stadt Graz, das hat vorhin gerade die Frau Bürgermeisterin erwähnt, war die erste Stadt Österreichs, die den Kautionsfonds eingerichtet hat. Und ich würde mich freuen, wenn die Stadt Graz auch die erste Stadt ist, die einen Whistleblower-Plattform umsetzt, ein Thema, das wieder

dazu führt, dass die Verwaltung transparenter wird. Es ist natürlich allen bewusst, dass Korruption, Freunderlwirtschaft und das Handeln im persönlichen Interesse dem Ruf der österreichischen Verwaltung und dem Ruf der Politik insgesamt schaden, ja. Aber um Korruption wirklich vorzubeugen, braucht es klare Rahmenbedingungen, es braucht transparente Abläufe und auch die Möglichkeiten für jeden und jede, Missstände und Akte von Freunderlwirtschaft in einem geschützten Rahmen aufzeigen zu können. Whistleblower-Plattform hört sich ein bisschen hart an, finde ich, man könnte es auch digitalen Beschwerdepостkasten nennen, und es ist auch nicht meine Erfindung, das wissen Sie, da geht es um eine Umsetzung einer EU-Richtlinie, und mittlerweile leisten diese ja auch international einen großen Beitrag im Kampf gegen institutionelle Korruption. Wie wir auch wissen, wurde die EU-Whistleblower-Richtlinie, mit der im Grunde ein einheitliches EU-Hinweisgebersystem installiert werden sollte, in Österreich nach wie vor nicht umgesetzt, das hat Österreich auch ein Vertragsverletzungsverfahren eingebracht, das im Moment gerade läuft. Dabei stellt so eine Richtlinie einen so wichtigen Schritt für mehr Transparenz dar, weil wir sogenannten Whistleblowern, also Personen, die Verstöße aus dem öffentlichen Sektor gerne melden würden, eine geschützte Sphäre bieten können. In Österreich können solche Meldungen natürlich aktuell bereits gemacht werden, und zwar bei der FMA oder auch bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Wobei ich natürlich auch an dieser Stelle betonen möchte, dass Wien erst kürzlich eine Whistleblower-Plattform eingerichtet hat als Land natürlich, wo Wiener:innen und deren Bedienstete anonyme Meldungen einbringen können. Und bereits bis Ende Jänner gab es dort bereits 197 Eingänge zu verzeichnen. Man sieht also, dass es doch einen Bedarf geben dürfte. Und das sieht man ja auch aus vielen Beispielen in der Vergangenheit, die zeigen, dass auch Graz als Politsystem eine solche Plattform dringend notwendig hätte. Ich denke da ganz aktuell an den FPÖ-Skandal, der zu mehreren Rücktritten führte, und wie erst gestern medial bekannt wurde, wurde durch einen anonymen Hinweis im Grazer Rathaus eine Prüfung der Grazer Bau- und Anlagenbehörde durch die Innenrevision ausgelöst. Auch hier zeigt sich die Bedeutung eines klar geregelten und geschützten Rahmens für Hinweisgeber ganz besonders

deutlich. Die Stadt Graz hat es jetzt in der Hand, in Richtung Transparenz mutig voranzuschreiten und mit einer stadteigenen Whistleblower-Plattform den Bürger:innen und Bediensteten der Stadt Graz einen klar geregelten Raum dafür bereitzustellen. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Umsetzung einer Whistleblower-Plattform in der Stadt Graz zu prüfen, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Bedienstete die Möglichkeit bekommen, unbürokratisch, anonym und sicher konkrete Verdachtsfälle von Korruption und Freunderlwirtschaft zu melden. Ich bitte um Annahme, weil Graz braucht das dringend. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Korruption, Freunderlwirtschaft und das Handeln im persönlichen Interesse schaden dem Ruf der österreichischen Verwaltung und der Politik insgesamt. Um Korruption vorzubeugen, braucht es klare Rahmenbedingungen, Transparenz und die Möglichkeit, potenzielle Verdachtsfälle von Korruption zu melden. Whistleblower-Plattformen leisten international bereits einen großen Beitrag im Kampf gegen Korruption. Betroffene bekommen dadurch die Möglichkeit, verschiedene Missstände wie z.B. Korruptionsfälle oder Freunderlwirtschaft aufzuzeigen. In Österreich besteht diese Möglichkeit aktuell nur über die FMA und die WKStA bzw. können die Wiener Bürger:innen und Bediensteten über die erst unlängst eingerichtete Whistleblower-Plattform anonyme Meldungen einbringen. Mit Stand Ende Jänner gab es dort bereits 197 Eingänge zu verzeichnen. Auch das Grazer Polit-System hat solch eine Plattform bitter nötig. Nicht zuletzt der FPÖ-Finanzskandal zeigt uns nach wie vor die Dringlichkeit und den Handlungsbedarf. Erst gestern wurde medial bekannt, dass durch einen anonymen Hinweis im Grazer Rathaus die Innenrevision zur Prüfung der Grazer

Bau- und Anlagenbehörde tätig werden musste. Auch in diesem Fall ist die Bedeutung eines klar geregelten und geschützten Rahmens erkennbar. Bedauerlicherweise wurde die EU-Whistleblower-Richtlinie in Österreich nach wie vor nicht umgesetzt, weshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wurde. Die Stadt Graz kann nun mutig voranschreiten und mit einer stadteigenen Whistleblower-Plattform den Bürger:innen und Bediensteten der Stadt Graz diesen klar geregelten und geschützten Rahmen bieten. Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Umsetzung einer Whistleblower-Plattform in der Stadt Graz zu prüfen, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Bedienstete die Möglichkeit bekommen unbürokratisch, anonym und sicher, konkrete Verdachtsfälle von Korruption und Freunderlwirtschaft zu melden. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu informieren.

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream, liebe Antragstellerin, liebe Sabine. Ein guter Antrag, wir stehen auch positiv dem gegenüber insgesamt als Koalition, wie du schon richtig ausgeführt hast, dass uns das wichtig ist und dass wir anhand von vielen Beschlüssen das schon gezeigt haben. Aber was die Whistleblower-Plattform betrifft, da halten wir weder die Dringlichkeit noch den Inhalt für notwendig. Warum? Es gibt nämlich bereits Vorkehrungen der Stadt Graz diesbezüglich, eine derartige Plattform zu errichten, das ist schon seit Monaten in Vorbereitung und wird schon gemacht, die Bürgermeisterin ist da schon eingebunden und auch informiert. Es ist so, du hast die EU-Richtlinie selbst angesprochen, das Problem, das wir momentan haben, ist, also Graz hat ja vor, das gemeinsam mit dem Städtebund zu machen. Der Städtebund hat sehr viele Städte

schon dabei, die hier mitmachen werden. Graz wird eine der Städte sein, die hier mitmachen, daher ersparen wir uns massiv an Kosten, weil wir brauchen nur die Erstetablierung zu zahlen, sozusagen die Einrichtungskosten. Das sind ungefähr 5.000 Euro, und die laufenden Kosten von jährlich rund 8.000 Euro, also insgesamt kleine Summen für das, was wir uns ersparen können. Wenn hier etwas aufkommt oder etwas quasi hier aufgezeigt wird, wird der Städtebund übernehmen und das ist auch sinnvoll, dass das über den Städtebund läuft. Und deshalb danke ich jetzt schon den zuständigen Stellen der Stadt Graz, respektive Magistratsdirektor und seinem Team, die hier massiv mit der Bürgermeisterin zusammenarbeiten und in diese Richtung gehen. Wichtig wäre jetzt aber, dass der Bund relativ rasch die Ratifizierung dieser EU-Richtlinien vornimmt. Warum? Du hast schon vom geschützten Bereich gesprochen. Der geschützte Bereich ist insofern wichtig, denn quasi bei der Weitergabe von Amtsgeheimnissen oder datenschutzrechtlichen Verletzungen würde die Stadt eigentlich aufgefordert sein, eine Strafverfolgung einzuleiten, denn tut sie das nicht, macht sich die Stadt selbst strafbar. Und daher ist es wichtig, diese Ratifizierung auf Bundesebene durchzuführen, dann kann man sofort gemeinsam mit dem Städtebund mit der Errichtung dieser Whistleblower-Einrichtung, die jetzt schon in Vorbereitung ist, gleich starten. Und deshalb, der Antrag ist gut, aber, wie gesagt, es ist schon im Laufen und daher nicht dringlich und auch inhaltlich nicht notwendig. Danke (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, vielleicht noch Zuhörende, liebe Sabine. Ich muss sagen, ich finde die Sache ist dringlich, da hast du sehr Recht. Wir haben das große Glück, dass wir einen vorrausschauenden Magistratsdirektor haben, der das auch schon früh erkannt hat und deswegen, wie der Michi gerade erwähnt hat, die Sachen schon ins Laufen gebracht hat. Es wurden schon Angebote in Zusammenarbeit eben mit dem Städtebund eingeholt über mehrere Systeme. Ein System gab es auch schon, eine positive Entscheidung, das nämlich mehrere Vorteile hat. Nämlich eines, es ist in der

Anschaffung nicht so sehr teuer, vor allen Dingen übernimmt der Städtebund die Folgekosten dann, und ich glaube, das ist ein Riesenvorteil, ich habe hier die Bedienbarkeit vor mir, es ist wirklich, um es kurz zu sagen, „dodleinfach“ zu bedienen. Also es wird wirklich niemanden davon abhalten, diese Eingabe zu machen, also auch die technischen Erfordernisse sind da. Und es hat eben wirklich sehr gute Sicherheitsmerkmale, nicht nur, dass die Eingabemöglichkeit anonym ist, es werden automatisch alle Meta-Daten bereinigt, also auch Fotos usw. können nicht mehr zurückverfolgt werden. Es gibt eine verschlüsselte Datenbank, es gibt eine sichere Archivierung, es gibt Schwärzungsmöglichkeiten, Administrator:innen und Fallbearbeiter:innen sind streng getrennt und es läuft über ein Rechenzentrum in Wien. Und ein weitere Vorteil, den ich nicht für unwichtig halte, es ist nämlich nicht nur für sogenannte Finanzanzeigen geeignet, sondern es können auch andere Bereiche da eingegeben werden, z.B. Hinweise zu Mobbing und sexueller Belästigung und weiteren Tatbeständen. Auch das sind nämlich Sachen, die sich viele, und vor allem Dingen viele Frauen, oft nicht ansprechen trauen aus der Angst heraus, dass es für sie sonst nur noch schlimmer werden könnte. Und deswegen an dieser Stelle herzlichen Dank, dass es schon diese Bestrebungen gegeben hat, herzlichen Dank aber auch trotzdem für deinen Antrag, indem wir das öffentlich machen können, dass das schon am Weg ist. Und wir hoffen jetzt eben nur noch auf diese Freigabe durch die Bundesregierung, dass die Stadt das einfach installieren kann, das geht dann tatsächlich auf Knopfdruck (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werte Damen und Herren hier im Saal, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin, Stadtregierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Last but not least – eine sehr wichtige Sache, die uns Grünen ein großes Anliegen ist, so wie es auch Neos und Sabine Reininghaus ein großes Anliegen ist. Es ist völlig richtig, die EU hat eine Richtlinie dazu herausgegeben, Österreich ist dahingehend auf der Bundesebene säumig, wir sind zwar nicht deiner

Meinung, dass wir ohne eine entsprechende Bundesgrundlage vorgehen sollten, aber wir sollten, und da käme später noch ein Abänderungsantrag vom Kollegen Hackenberger, wir sollten der Bundesregierung signalisieren, dass wir das wirklich gerne bald hätten und bald dann natürlich auch umsetzen wollen würden. Und deswegen mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, die signalisiert haben oder mir gegenüber gesagt haben, dass sie der Dringlichkeit nicht zustimmen möchten, sich das noch einmal zu überlegen. Es wird auf Ebene der Bundesregierung, der Bundeskoalition, zwischen ÖVP und Grünen verhandelt, es geht um ein paar letzte strittige Punkte. Es wäre vielleicht auch noch ganz gut, ein bisschen einen Anschub zu geben, dass wir in Richtung Transparenz, Anonymität von Whistleblowern bzw. auch ein paar strafrechtliche Folgebestimmungen, die in diesem Gesetz notwendig sein werden, dass wir hier bisschen Anschub geben. Wir sind immerhin die Stadt Graz, die zweitgrößte Stadt Österreichs und wir würden uns freuen, wenn das für die Parlamentarier:innen aller Fraktionen ein Grund wäre, das relativ schnell abzuschließen. Deswegen bitte ich die ÖVP, die SPÖ, bei der FPÖ weiß ich es nicht, von allen anderen weiß ich, dass sie zustimmen wollen bei der Dringlichkeit, der Dringlichkeit zuzustimmen. Bitte, bitte, danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Mein Schlusswort ist ganz kurz. Ich freue mich, dass ihr da schon dran seid und habe Vertrauen, dass das eine gute Geschichte wird und wieder einen Schritt mehr oder weiter in Richtung Transparenz führt. Vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, kurz zur Aufklärung, wir haben der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Dies aus dem Grund, dass wir das aktuelle System, das es gibt eben im

Bereich des Strafrechts, für ausreichend halten. Es gibt eben bei der WKStA und auch bei der FMA die Möglichkeit, dort Tipps abzugeben, wir haben jetzt auch vom Kollegen Ehmann erfahren, dass das auch auf Stadtebene in Planung ist. Ich sage, grundsätzlich gut, man muss nur immer aufpassen, dass dann nicht andauernd zu irgendwelchen, ich sagen einmal „Stasi-like“, die ganze Zeit wird irgendwas anzündet, die ganze Zeit wird untersucht, die ganze Zeit muss man allem Möglichen vorgehen. Weil das Wichtigste ist halt wirklich, dass das Strafrecht, das muss das schärfste Schwert sein, alles was gegen das Strafrecht verstößt, das muss man melden. Da hat jeder die Verpflichtung, der jetzt im städtischen Dienst tätig ist, aber auch ein normaler Bürger, der muss das melden. Da haben wir die Instanzen und da sehen wir jetzt nicht unbedingt die Notwendigkeit, dass man da noch etwas Zusätzliches etabliert, weil die Beispiele, die Sie gebracht haben, Frau Kollegin Reininghaus, die wären sowieso nicht geeignet gewesen, das in so einem internen Meldesystem irgendwie hier einzugeben. Also aus unserer Sicht braucht es diese Dinge nicht, es braucht auch keine Bekanntmachung, wie es auch der Kollege Hackenberger dann fordert, aber von diesem Tool der WKStA, dass man dort wirklich anonyme Anzeigen einbringen kann, man kann dort erfahrungsgemäß so ziemlich alles eingeben, es wird ja dann auch an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet, wenn es einen strafrechtlichen Verfolgungsgrund dann auch gibt. Und von dem her ist aus unserer Sicht dieses System gut, dieses System ausreichend und braucht jetzt nicht unbedingt etwas Zusätzliches, was ja wiederum Probleme in sich birgt. Weil wer sitzt dann in diesen Kommissionen, wer prüft das, ist das dann transparent? Kann das transparent sein? Eigentlich nicht, weil sonst weiß man ja, wer hier die Tipps gegeben hat oder aus welcher Richtung das kommt. Also wir sehen da sehr, sehr viele Probleme, und im Bereich des Strafrechts sind wir da, glaube ich, ganz gut aufgestellt (*Appl.*).

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Livestream, liebe Sabine Reininghaus. Danke für die Initiative, das ist eine gescheite

Sache, die steht schon länger an, seit 2019, als das Europäische Parlament diese Richtlinie verabschiedet hat, nachdem dann leider Gottes nicht mehr allzu viel passiert ist. Man sollte allerdings im Auge behalten, dass wir hier über zwei verschiedene Dinge sprechen, die zusammengehören. Das eine ist die technische Umsetzung, das weiß man. Es gibt inzwischen viele Unternehmen auf der ganzen Welt, die auch für Konzerne, für große Industrieunternehmen usw. diese Whistleblower-Tools zur Verfügung stellen. Das ist die technische Seite, die als Aufgabe versichert, dass die Whistleblower geschützt werden, dass also die Informationen nicht rückverfolgbar sind. Das Zweite ist aber das juristische Setting, nämlich die Frage: Für welche Verstöße gibt es Schutz? Wie werden Hinweisgeber geschützt? Und die Frage: Welche Konsequenzen haben Verstöße gegen den Schutz zu Gunsten von Hinweisgebern? Das ist eine gesetzliche, die von der nationalen Gesetzgebung bisher leider Gottes verschleppt wurde. Es gibt eine Anfragebeantwortung aus dem Jahr 2021 an den Herrn Bundesminister Kocher, der gesagt hat, es sei am Weg, es gäbe schon die Hilfe und man rechnet damit, dass es im Herbst 2021 schon in den Nationalrat kommt. Das ist leider nicht passiert, was natürlich nicht heißt, dass das auch in den nächsten fünf Jahren nicht passieren wird. Der Druck wird sich erhöhen, weil die Europäische Union nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen eine ganze Reihe anderer europäischer Länder das Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Damit bin ich auch schon beim Dilemma, welches ich mit dem Antrag haben, mit den Formalitäten des Antrages. Nämlich, dass wir in Graz als Stadt keine gesetzgeberische Kompetenz haben und daher nur ein sehr mangelhaftes System auf die Beine stellen könnten, das auch wieder nur Verstöße oder Missstände im Bereich des Magistrates Graz mitnehmen kann und keine sonstigen Verstöße. Also ich komme nicht einmal zu den ausgelagerten Unternehmen, ich komme nicht zur Holding und deren Tochtergesellschaften und ich komme auch nicht zu Dingen, die mit dem Land oder den Bund etwas zu tun hätten. Daher glaube ich, dass man einfach dazwischen das Auslangen finden sollte mit den derzeitigen staatlichen Einrichtungen, WKStA und Finanzämter, und einen sanften Druck auf die Bundesregierung ausüben sollte, dass sie

ihren Verpflichtungen nachkommt und dieses Gesetz endlich auf den Weg bringt. In diesem Sinne beantragt die Gemeinderatsfraktion der Grünen ALG die

Abänderung

des dringlichen Antrages, sodass dieser wie folgt zu lauten hat:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, raschestmöglich für eine nationale Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie zu sorgen, wobei, das ist nämlich auch wichtig, der Hinweisgeberschutz nicht nur auf die Verletzung von unionsrechtlichen Vorschriften beschränkt, sondern auch für die Verletzung nationalstaatlichen Rechts statuiert werden möge.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag. Danke (Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Keine Frage, Korruption, das in Österreich so nachgefragte „Vitamin B“, Postenschacher und Ähnliches scheinen bei uns schwer ausrottbar, obwohl die rechtsstaatlichen und volkswirtschaftlichen Schäden enorm sind. Nicht von ungefähr hat daher das Europäische Parlament 2019 eine Richtlinie über den Schutz von Whistleblower:innen erlassen und die Nationalstaaten zu deren Umsetzung in nationales Recht bis Dezember 2021 verpflichtet. Zu dieser Richtlinie ist der Vollständigkeit halber anzumerken, dass sie sich nur auf die Verletzung von unionsrechtlichen Vorschriften bezieht, den Mitgliedsländern aber die Möglichkeit einräumt, bei der Umsetzung auch die Meldung von Verstößen gegen nationale Vorschriften einzubeziehen. Nicht nur Österreich, sondern die allermeisten europäischen Länder, unter anderem Deutschland stehen in einem Diskussionsprozess über die staatliche Umsetzung, sind aber mit der Gesetzgebung trotz jahrelanger Diskussionen in Verzug, was aufzeigt, dass diese sehr junge Materie schlicht und

einfach schwierig zu handhaben ist. Eine Whistleblower-Schutzvorschrift, die ihren Namen verdient, erfordert einen gesetzgeberischen Akt, welcher sicherstellt,

- dass und wie Hinweisgeber:innen geschützt werden*
- für welche Verstöße der Schutz gilt und für welche nicht*
- dass sichere interne und externe Meldekanäle installiert werden*
- welche Konsequenzen Verstöße gegen den Schutz zugunsten von Hinweisgeber:innen haben.*

All das setzt eine gesetzgeberische Kompetenz voraus, über die wir als Stadt Graz nicht verfügen. Allein der Umstand, dass die Stadt Graz in Ermangelung dieser Kompetenz nicht in der Lage wäre, Vorschriften zu erlassen, um gegen Personen vorzugehen, die ihre Verpflichtungen zum Schutz der Whistleblower:innen verletzen, zeigt auf, wie kritisch ein derartiges Vorhaben ist und wie sorgsam man mit dem Thema umgehen muss. Die Stadt Wien, die zugleich Bundesland ist und damit gesetzgeberische Kompetenz hat, richtete eine eigene Whistleblower-Plattform ein. Dort gab es bisher, wie im dringlichen Antrag festgehalten, 197 Meldungen, von denen aber aus rechtlichen Gründen nur Anzeigen bearbeitet werden können, die den Magistrat Wien betreffen. Mehr als 1/3 der Meldungen betrafen Missstände im Bundesbereich bzw. im Bereiche der Stadtwerke oder sonstiger ausgelagerter Gesellschaften. Ihnen konnte nicht nachgegangen werden. Schließlich gibt es bei der WKST ein vom BMJ eingerichtetes Hinweisgebersystem, das alle Aspekte der Wirtschaftskriminalität und der Korruption einschließt. Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung von Bundesminister Kocher als zuständigem Regierungsmitglied von 02.08.2021 gibt es einen Rohentwurf für das Whistleblower-Gesetz, welcher mit allen einzubindenden Stellen diskutiert wird. Nach dieser Anfragebeantwortung sollte der parlamentarische Prozess noch im Jahr 2021 beginnen, was sich offensichtlich verzögert hat. Es ist also zusammenfassend festzuhalten, dass ein Alleingang von Graz nur eine äußerst mangelhafte, mit schweren Defiziten behaftete Lösung darstellen könnte, wozu noch kommt, dass es bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ein den ganzen

Bereich der Korruption beinhaltendes Whistleblower:innen-Schutzsystem gibt. Im Hinblick auf den fortgeschrittenen Stand des Gesetzgebungsprozesses im Bund erscheint es vernünftig, das Bundesgesetz abzuwarten, weil damit die nötigen einheitlichen und rechtlich einwandfreien Vorschriften und Meldesysteme geschaffen werden. In der Zwischenzeit könnte versucht werden, die Möglichkeit von Meldungen bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft zu deponieren, in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. In diesem Sinn stellt der Gemeinderatsfraktion der Grüne-ALG den Antrag auf

Abänderung

des dringlichen Antrages, sodass dieser wie folgt zu lauten hat:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, raschestmöglich für eine nationale Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie zu sorgen, wobei der Hinweisgeberschutz nicht nur auf die Verletzung von unionsrechtlichen Vorschriften beschränkt, sondern auch für die Verletzung nationalstaatlichen Rechts statuiert werden möge.

GR Mag. Pointner:

Zunächst einen herzlichen Dank an das Reinigungsteam. Ich kann sagen, das war die Letztreinigung, was mich betrifft, also ich werde Ihnen keine Arbeit mehr machen, vielen Dank. Mir sind zwei Punkte doch sehr, sehr wichtig. Mir würden Verstöße im Bereich des Magistrats schon reichen. Das würde schon innerhalb von Graz einiges bewirken, deshalb könnte man das schon machen; aber ich sehe, es geht in eine andere Richtung, die wir auch akzeptieren können. Es ist unser Herzensanliegen seit langer, langer Zeit diese Whistleblower-Plattform, die wieder ein Vertrauen in die Institutionen herstellen soll, das einfach verloren gegangen ist. Warum und durch wen brauche ich hier nicht weiter zu erläutern, sei es in Graz oder im Bund. Das Zweite ist,

Sie sagen, Sie werden Druck auf die Bundesregierung ausüben. Mir wäre es lieber, wenn es kein sanfter Druck wäre, sondern wenn Sie die Nahebeziehung zum grünen Koalitionspartner ein bisschen ausnutzen und da mehr Tempo machen. Aber wir stimmen der Abänderung auch zu und bedanken uns, dass Sie das sehr ernst nehmen und freuen uns einfach darauf, dass eben nicht nur EU-Recht usw. behandelt werden wird. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Vielen Dank. Ich möchte nur bemerken, dass wir in der Magistratsdirektion unseren Magistratsdirektor, und ich fühle mich hier als Bürgermeisterin mehr als gut eingebettet, jemanden haben, der äußerst umsichtig ist in den ganzen Jahren zuvor und Perioden zuvor, und möchte mich hier vor allem auch beim Klubobmann Ehmann für seine Wortmeldung bedanken, was die Vorbereitungen dazu betreffen, weil wir sind hier in Graz nämlich in vielen Dingen weiter als woanders. Und für diese Umsicht möchte ich mich auch ganz herzlich bei der Magistratsdirektion und beim Martin Haidvogel bedanken (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich danke Ihnen vielmals. Wir sind jetzt am Ende der dringlichen Anträge und kommen nun zum nicht öffentlichen Teil. Ich möchte mich im Namen des gesamten Gemeinderates und der Stadtregierung bei allen Zuhörern und Zuschauern, die noch am Livestream sind, recht herzlich für ihre Ausdauer und für ihr Interesse bedanken und wünschen ihnen noch einen schönen und guten Abend (*Appl.*).